Fürsorgeerziehung im Nationalsozialismus

"Bewahrung" und "erbbiologische Aussiebung" von Fürsorgezöglingen

Erweiterte Fassung eines Vortrags in der Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen am 22.02.2000

Von Wolfram Schäfer

Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps–Universität Marburg,
Wilhelm–Röpke–Str. 6B, 35032 Marburg – Tel. 06421/2824968

Gliederung des Vortrags

Teil I
Rückblick auf die Situation der Fürsorgeerziehung am Ende der Weimarer Republik

Teil II
"Ausmerzereif oder förderungsbedürftig" – Die Entwicklung der Fürsorgeerziehung während des Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Kinder– und Jugendpsychiatrie

Teil III
Forschungen über Fürsorgezöglinge zwischen 1933 und 1945 und ihre Wirkungsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland

In meinem Vortrag heute Abend möchte ich auf das Schicksal von Kindern und Jugendlichen eingehen, die, weil sie als "verwahrlost" galten oder von "Verwahrlosung" bedroht waren,[1] aufgrund des Beschlusses eines Vormundschaftsgerichtes in einer geeigneten Familie oder in einer "Erziehungsanstalt", wie es im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 hieß, untergebracht waren.[2]

Teil I
Rückblick auf die Situation der Fürsorgeerziehung am Ende der Weimarer Republik

Am Ende der zwanziger Jahre befand sich die Fürsorgererziehung in einer schweren Krise. Diese vielfach beschriebene und gut dokumentierte Situation[3] war markiert durch skandalöse Verhältnisse in einer ganzen Reihe von Fürsorgererziehungsheimen, die zu etlichen Widersetzlichkeiten und Revolten seitens der Zöglinge führten. Zahlreiche Prozesse gegen Erzieher und Zöglinge enthüllten, daß zentrale Elemente der damaligen "Pädagogik" aus militärischem Drill und brutalsten Prügelstrafen bestanden, daß Dunkelarrest und Kostentzug in den Heimen an der Tagesordnung waren und sexuelle Übergriffe durch Erzieher durchaus nicht selten vorkamen.[4]
Wer autobiographische Berichte aus der damaligen Zeit liest, etwa Peter Martin LAMPELs "Jungen in Not – Berichte von Fürsorgezöglingen" von 1928 oder etwa Georg GLASERs Roman "Schluckebier", 1932 erschienen,[5] der kann ohne weiteres nachvollziehen, daß die Fürsorgezöglinge "aus diesen Anstalten heraus einen geradezu fanatischen Haß gegen die Gesellschaft und ihre Einrichtungen mitbringen."[6]

---

1 KLUMKER 1926. S. 67. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) wird, wenn nicht anders angegeben, nach dieser Ausgabe zitiert.

2 Zu den damals geltenden rechtlichen Grundlagen und ihrer Interpretation vgl. zusammenfassend BISKUPSKI 1941. S. 21 ff. u. KÜMMERLEIN 1944. S. 4–25. Siehe auch GRÄSER 1995. S. 52 ff. Während das bis 31.12.1990 in Kraft gewesene Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) die Anordnung von Fürsorgeerziehung (§ 64) für "verwahrloste" oder von "Verwahrlosung" bedrohte Minderjährige, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, vorsah, ist Fürsorgeerziehung aus dem seit 1.1.1991 geltenden Kinder– und Jugendhilfegesetz (KJHG) entfallen. Dies wird als Abbau "repressiver Maßnahmen" interpretiert. MÜNDER 1990. S. 344.

3 Vgl. AHLHEIM u.a. 1971. S. 53 ff. u. S. 277 ff.; HASENCLEVER 1978. S. 114 ff.; PEUKERT 1986. S. 240 ff.; DUDEK 1988. S. 138–166; HARVEY 1989; KUHLMANN 1989. S. 26–50.; SACHßE/TENNSTEDT 1992. S. 152 ff. u. GRÄSER 1995. S. 91 ff. HAMMERSCHMIDT 1999. S. 522 ff.

4 Einzelheiten aus Prozessen sind bei DUDEK 1988. S. 160 ff. u. GRÄSER 1995. S. 104 ff. dargestellt.

5 Der Autor, Jg. 1910, war ab 1926 als Fürsorgezögling in verschiedenen Heimen gewesen und 1929 als "unverbesserlich" entlassen worden. Vgl. WOLFF u.a. 1997. S. 73 u. 104.

6 VOß, Otto/SCHÖN, Herbert: Die Cliquen jugendlicher Verwahrloster als sozialpädagogisches Problem. In: Erfahrungen der Jungen. Potsdam 1930, zit. nach LESSING/LIEBEL 1981. S. 69.

Was Rechtsgarantien betraf, waren die Zöglinge schlechter gestellt als Strafgefangene, denn während das RJWG von 1922 in § 1 zwar das Recht eines jeden deutschen Kindes **auf** Erziehung (§ 1) proklamiert hatte, war angesichts der Zustände in den FE–Anstalten vom Recht des Kindes **in** der Fürsorgeerziehung wenig zu spüren.[7]
Die Jugendlichen – dies wurde allerdings nur von wenigen kritischen Pädagogen so gesehen – begleitete ein Leben lang der Makel und das Stigma, Fürsorgezögling gewesen zu sein.[8]

Die schwierige Situation der Fürsorgeerziehung war auch gekennzeichnet durch die infolge der Wirtschaftskrise erfolgten Sparmaßnahmen seitens der FE–Behörden und eine mit den offen gelegten Skandalen immer stärker werdenden Diskussion zur "Reinigung der Fürsorgeerziehung" von den sogenannten "Unerziehbaren".
Im November 1932 wurden schließlich Notverordnungen zum RJWG verabschiedet.[9]
Folgen dieser Verordnungen waren, daß einige tausend Jugendliche – sog. "ungeeignete und unbequeme Elemente" – aus der FE entlassen und faktisch über Nacht auf die Straße gesetzt wurden, ohne daß andere gesetzliche Maßnahmen für sie vorgesehen waren und es eine anderweitige Versorgung für sie gegeben hätte.[10]

---

7 Vgl. GRÄSER 1995. S. 101.

8 Vgl. DUDEK 1988. S. 148 u. GRÄSER 1995. S. 100.

9 "Änderung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 durch Verordnung des Reichspräsidenten über Jugendwohlfahrt. Vom 4. November 1932." und "Verordnung des Reichspräsidenten über Fürsorgererziehung. Vom 28. November 1932.". In: Zeitschrift für Kinderforschung. 41. Bd. 1933. S. 172–174.

10 Die ursprüngliche Fassung des § 73 RJWG von 1922 ermöglichte die vorzeitige Entlassung eines Minderjährigen wegen Unausführbarkeit der Fürsorgeerziehung aus Gründen, die in der Person des Minderjährigen lagen, unter der Voraussetzung, "daß eine anderweitige gesetzlich geregelte Bewahrung des Minderjährigen sichergestellt ist." Durch Verordnung vom 4. November 1932 wurde § 73 RJWG dahingehend geändert, daß die FE–Behörden nun einen Minderjährigen nach Vollendung des 18. Lebensjahres, der mindestens 1 Jahr in FE war, wegen "Unausführbarkeit der Erziehung" entlassen konnten, ohne daß eine anschließende Betreuung oder Versorgung sichergestellt sein mußte. Vollendung des 18. Lebensjahres und einjährige Dauer der FE waren als Kriterien für die Entlassung nicht erforderlich, "wenn der Minderjährige an erheblichen geistigen oder seelischen Regelwidrigkeiten leidet". Die Unterbringung von Minderjährigen mit erheblichen geistigen oder seelischen Regelwidrigkeiten "in Sonderanstalten oder Sonderabteilungen" war usprünglich in § 70 Abs. 2 des RJWG geregelt. Mit der Verordnung über das Inkrafttreten des RJWG vom 14.2.1924 wurde diese Regelung wieder aufgehoben. Vgl. KLUMKER 1926. S. 70 u. S. 86. Eine andere wichtige Änderung im November 1932 bezog sich auf § 72, wonach die FE nicht mehr mit dem Eintritt der Volljährigkeit, sondern schon mit der Vollendung des 19. Lebensjahres beendet war. § 63 wurde um folgenden Satz ergänzt: "Die Fürsorgeerziehung darf nicht angeordnet werden, wenn sie offenbar keine Aussicht auf Erfolg hat." Zur Entwicklung der Diskussion um § 73 RJWG vgl. REINARTZ 1941. S. 22 ff. u. S. 77. Siehe auch PEUKERT 1986. S. 267 ff.

Allein in Berlin mußten 1.200 Jugendliche entlassen werden,[11] in Preußen sank zwischen dem 30. September 1932 und dem 31. März 1933 die Zahl der Zöglinge insgesamt um 10.137 und zwar von 42.125 auf 31.988.[12]

Den im wahrsten Sinne des Wortes auf die Straße gesetzten Fürsorgezöglingen blieb ähnlich wie denen, die schon früher aus der FE geflohen waren, nichts anderes übrig, als sich einer der vielen "wilden Cliquen" anzuschließen, von denen es damals allein in Berlin ca. 600 gab.[13]

Initiativen zur "Reinigung der Fürsorgeerziehung" von sog. "unerziehbaren" oder "ungeeigneten" Zöglingen waren aus verschiedenen Quellen gespeist worden. Neben den politischen und ökonomischen Interessen in der Krise der späten zwanziger Jahre[14] spielte die Tatsache eine gewichtige Rolle, daß sich innerhalb der Jugendfürsorge allmählich ein Paradigmenwechsel abzuzeichnen begann. Neben den Fürsorgegedanken trat zunehmend eine Orientierung auf "Aussonderung" und "Bewahrung", wobei diese Entwicklung auch auf den stärker gewordenen Einfluß eugenischen Gedankenguts zurückzuführen war.[15]

Rassenbiologie und Rassenhygiene waren zwar bis 1933 unter Sozialpädagogen nicht mehrheitsfähig gewesen,[16] doch sie waren in dem in den zwanziger Jahren geführten Diskurs um die sog. "Unerziehbaren", die "Grenzen der Erziehbarkeit" und der Forderung nach Verabschiedung eines Bewahrungsgesetzes[17] auch nicht störend.

Wenn jahrelanger Aufenthalt in FE–Anstalten die Zöglinge nicht zu ändern vermochte, dann wurden Interpretationsangebote, daß dieser Mißerfolg im Zögling selbst liegen mußte, von den Verantwortlichen gerne zur Entlastung herangezogen.[18]

Eine überragende Bedeutung in der FE hatten die konfessionellen Heime und Anstalten. Folgende Angaben mögen dies dokumentieren.

---

11 DUDEK 1988. S. 144.

12 Stand der Zöglinge in Preußen am 30.9.1932: 42.125. Am 31.3.1933: 31.988. Zahlenangaben nach GRÄSER 1995. S. 175 (Tabelle 16).

13 Vgl. LESSING/LIEBEL 1981. S. 7, 21, 58, 69 u. 83. PEUKERT 1987. S. 251 ff. Die Lebenswelt der Fürsorgezöglinge war oftmals durch den Rhythmus von Ausreißen, Transport und Wiedereinlieferung gekennzeichnet. Ebd. S. 278 (Nach Zahlenangaben des Stadtjugendamts Nürnberg 1927/28).

14 BARON 1983. S. 140 ff. SCHNURR 1991. S. 111. PEUKERT (1989. S. 314) hat darauf hingewiesen, daß das RJWG schon das "Geburtsmal" der "Knappheit der Mittel, die jeden Reformansatz belasten mußte", trug.

15 Vgl. BAADER 1989

16 Vgl. PEUKERT/MÜNCHMEIER 1990. S. 25.

17 Den Diskussionsstand um ein Bewahrungsgesetz und die Praxis der Bewahrung Ende der 20iger faßt EISERHARDT 1929 zusammen. Zum Verlauf der Bewahrungsdebatte siehe PEUKERT 1986. S. 263 ff. u. BLANDOW 1989. S. 126 ff.

18 Vgl. PEUKERT/MÜNCHMEIER 1990. S. 26.

Am 31. März 1931 befanden sich in evangelischen Anstalten 13.046 Zöglinge, in katholischen 11.243, in jüdischen insgesamt nur 87 Kinder und Jugendliche. In privaten Anstalten ohne konfessionellen Charakter lebten lediglich 763, in staatlichen Anstalten insgesamt auch nur 5.767 Jugendliche.[19]

Vereinzelte reformpädagogische Konzepte innerhalb der Fürsorgeerziehung konnten sich gegen die Front der vorherrschenden – wie es hieß – "konfessionellen Rettungs– oder Bewahrpädagogik"[20] nicht durchsetzen.[21]

Rassenbiologische und rassenhygienische Überlegungen, vorwiegend von Medizinern und hier insbesondere von Psychiatern in die Diskussion gebracht,[22] gewannen im Verlauf der zwanziger Jahre zunehmend Einfluß in der Jugendfürsorge,[23] wobei es zu ausgesprochen unheilvollen Verbindungen zwischen eugenischem Gedankengut und konfessioneller Bewahrpädagogik kam.

Ich möchte dies exemplarisch anhand von Aussagen des evangelischen Pastors Helmuth SCHREINER dokumentieren.

Als Gutachter im "Scheuen"–Prozeß 1931, in dem die Mißstände in dem Berliner Landerziehungsheim Scheuen im Kreis Celle verhandelt wurden und wobei der Anstaltsdirektor STRAUBE wegen "vorsätzlicher Körperverletzung" zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde,[24] vertrat Pastor SCHREINER die Meinung, daß die gesamte Berliner Großstadtjugend aus rassenbiologischen Gründen degeneriert sei.[25]

1931 veröffentlichte SCHREINER einen Aufsatz, in dem er sein biologistisches Deutungsmodell von Verwahrlosung mit einer theologischen Begründung von Unerziehbarkeit kombinierte. In der Zeitschrift "Innere Mission" konnte man dazu folgendes aus seiner Feder lesen:

"Die Schwierigkeiten in der Erziehung der Verwahrlosten enthüllen stärker als irgend eine andere Erziehungslage die Grenzen, die unserem pädagogischen Tun gesetzt sind. Es ist eine Hybris ohne gleichen, so zu tun, als sei grundsätzlich jeder Mensch

---

[19] OHLAND, Anneliese: Statistik über die Durchführung der Fürsorgeerziehung in Deutschland. Nach dem Stande vom 31. März 1931. In: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt. 1932. H. 6. S. 197–202, hier S. 202. Zit. nach DUDEK 1988. S. 141.

[20] Vgl. DUDEK 1988. S. 140.

[21] Vgl. PEUKERT 1989. S. 315. Kritik an der konfessionellen Anstaltserziehung, wie sie etwa Erich WENIGER formulierte, änderten nichts u. waren zum Scheitern verurteilt. Vgl. WENIGER 1928. S. 716.

[22] Siehe SCHMUHL 1987. S. 78–105 u. BAADER 1989 . S. 25 ff.

[23] Vgl. dazu GRÄSER 1995. S. 162 ff.

[24] Zum "Scheuen"–Prozeß vgl. DUDEK 1988. S. 161 f. u. GRÄSER 1995 S. 104 ff.

[25] Vgl. DUDEK 1988. S. 162.

erziehbar. Wir haben völlig vergessen, welche Grenzen uns die Natur setzt. Aus einer zerstörten Erbmasse ist mit keiner Milieupädagogik noch etwas herauszuholen. Wir können das beklagen, aber nicht ändern. Die Erbsünde ist auch auf diesem Gebiet eine gegenwärtige Realität. (...) Die sittlich autonome freie Persönlichkeit ist ein Phantom und wird es bleiben für alle Zeit. Wir sind Kreatur und als solche gebunden. Wir sind sündige Kreatur und als solche in Schuld verflochten ..."[26]

Dies war innerhalb evangelischer Kreise durchaus keine vereinzelte Stimme, im Gegenteil, insgesamt läßt sich feststellen, daß sich Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre vor allem führende Vertreter der Inneren Mission zunehmend rassehygienischer Argumentationsmuster bedienten, wie z.B. auch der Leiter der Betheler Anstalten Friedrich von BODELSCHWINGH,[27] in dessen Einrichtungen ebenfalls zahlreiche Fürsorgezöglinge untergebracht waren.

Hinsichtlich der Vetreter eugenischen Gedankenguts in der Jugendfürsorge der Weimarer Republik muß der Blick insbesondere auf Vetreter jener Disziplin gerichtet werden, die bis in die 60iger Jahre hinein die Diskussion in der öffentlichen Erziehung über Fragen der "Erziehbarkeit" oder "Unerziehbarkeit" mit psychiatrisch–biologistischen Interpretationen beherrschten, es geht um die deutsche Kinder– und Jugendpsychiatrie.[28]

Als einer der aktivsten Verfechter eugenischer Positionen in der Fürsorgeerziehung der zwanziger Jahre erwies sich der Jugendpsychiater Adalbert GREGOR, der noch im Jahr 1961 als "ein Wegbereiter der Jugendpsychiatrie" in der Zeitschrift "Unsere Jugend"

---

26 SCHREINER, Helmuth: Der Kampf um die Fürsorgeerziehung. In: Innere Mission. H. 7. Juli 1931. Zit. nach HERRMANN 1956. S. 82.

27 Vgl. HAMMERSCHMIDT 1999. S. 125 f. Die "Fachkonferenz für Eugenik" der Inneren Mission hatte auf ihrer Tagung in der Hessischen Diakonieanstalt Hephata–Treysa vom 18. bis 20. Mai 1931 in der sog. Treysaer Erklärung festgehalten: "Träger erblicher Anlagen, die Ursache sozialer Minderwertigkeit und Fürsorgebedürftigkeit sind, sollten tunlichst von der Fortpflanzung ausgeschlossen werden." (...) "Führen seine von Gott gegeben Funktionen zum Bösen oder zur Zerstörung seines Reiches in diesem oder jenem Glied der Gemeinschaft, so besteht nicht nur ein Recht, sondern eine sittliche Pflicht zur Sterilisierung aus Nächstenliebe und der Verantwortung, die uns nicht nur für die gewordene, sondern auch die kommende Generation auferlegt ist." Zit. nach KLEE 1985. S. 47 u. S. 49. Zur Fachkonferenz in Treysa vgl. NOWAK 1984 S. 94 f.; SCHLEIERMACHER 1986. S. 78 f. u. KLEE 1989. S. 84 ff. Vgl. HAMMERSCHMIDT 1999. S. 126–130.

28 Vgl. BLANDOW 1986. S. 85 ff. Der Jugendpsychiater Hermann STUTTE lieferte dem AFET (Allgemeinen Fürsorgererziehungstag), diesem traditionalistischen Jugendhilfeverband, in den 40er und 50er Jahren noch "psychiatrisch–biologistische Begründungen für den Mißerfolg" in der Heimerziehung. BLANDOW 1990. S. 12. Vom Oktober 1964 bis Juni 1979 war STUTTE Mitglied des AFET–Vorstandes. SCHERPNER/SCHRAPPER. 1981. S. 253.

gefeiert wurde.[29] GREGOR war in den zwanziger Jahren Direktor der Fürsorgererziehungsanstalt Schloß Flehingen.[30] In zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen erwies GREGOR sich als ein unermüdlicher Streiter für die Differenzierung der FE nach Zöglingsgruppen, wozu – so in einer Aussage von 1921 – durch "die erbliche Belastung der Fürsorgezöglinge (...) die Fährte gegeben" sei.[31]
Er behauptete weiterhin, daß Verwahrlosung "vorwiegend endogen", also anlagebedingt sei,[32] sprach von "der erblichen Übertragung der minderwertigen Charakterartung" und deren Unterbindung[33] und empfahl bei "moralisch Indifferenten" Zöglingen die "Sterilisierung als rationelle Maßnahme".[34] 1923 forderte er die "Ausscheidung der Erziehungsunfähigen" aus der Fürsorgeerziehung[35] und ihre Einweisung in eine Verwahranstalt, wodurch eine "Schädigung des Volkskörpers" vermieden werden sollte.[36]
Für einen anderen bekannten Psychiater, den Direktor der Heil– und Pflegeanstalt Hildesheim, Otto MÖNKEMÖLLER,[37] sollten unerziehbare Fürsorgezöglinge 1926 "einer Sonderbehandlung verfallen".[38]

Obwohl Nervenarzt MÖNKEMÖLLER gestehen mußte, daß er nicht imstande sei, eine "unfehlbare Feststellung" von "Unerziehbarkeit" zu treffen,[39] definierte er doch Zöglingsgruppen, die als unerziehbar bzw. schwersterziehbar "einer Sonderbehandlung verfallen" müßten.[40] Dazu gehörten seiner Ansicht nach die "unruhigen Geister", die "ewig unzufriedenen Elemente, die sich stets zurückgesetzt und beeinträchtigt fühlen, die heimlich und offen gegen die Erziehung angehen", "Vetreter einer mangelhaften

---

29 Anmerkung der Schriftleitung zum Beitrag von GREGOR 1961. S. 115.

30 Zur Biographie und den Arbeiten GREGORS i.d. "Zeitschrift für Kinderforschung" siehe HAGELSKAMP 1988. S. 71 ff.

31 GREGOR 1921. S. 54.

32 Ebd. S. 37.

33 Ebd. S. 45.

34 Ebd. S. 51.

35 GREGOR 1923. S. 274.

36 GREGOR 1924. S. 411.

37 KÜRSCHNER 1928/29. Sp. 1609. STUTTE 1967. S. 174: "Die Erziehungsfürsorge wurde – nicht zuletzt unter der Mitwirkung von Psychiatern – ausgebaut (GRUHLE, GREGOR, MÖNKEMÖLLER, LÜCKERATH, VILLINGER u.v.a.). (...) Hamburg und Württemberg gingen voran mit der Einstellung von psychiatrischen Landesjugendärzten (VILLINGER und EYRICH)."

38 MÖNKEMÖLLER 1926. S. 377.

39 Ebd. S. 375.

40 Ebd. S. 377.

Ethik und Moral" und auch "einzelne männliche Zöglinge als Rekruten mancher Formen des künftigen Wanderbettels, die ewigen Ausreißer".[41]
"Alle diese Störenfriede der Anstaltsruhe" (!), so der Psychiater MÖNKEMÖLLER wörtlich, seien in der Regel "Vertreter der Psychopathie".[42]
In diesem Zusammenhang sprach MÖNKEMÖLLER von einem **"Konzentrationslager der Schwersterziehbarkeit**", dem die Zöglinge nur "entrinnen" könnten, wenn sie sich gut führen würden.[43]
Auch Werner VILLINGER – Jahrgang 1887 –, der bis zu seinem Tode 1961 von seinen Standeskollegen als "Führer der deutschen Jugendpsychiatrie"[44] und "Vater und Schöpfer einer deutschen Kinder– und Sozialpsychiatrie"[45] geehrt wurde, beteiligte sich in den zwanziger Jahren maßgeblich an der Debatte um die Behandlung angeblich "unerziehbarer" Kinder und Jugendlicher. Von 1946 bis 1959 war er übrigens Direktor der Universitätsnervenklinik Marburg, 1955/56 hatte er sogar, versehen mit dem "Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland", das Rektorat der Philipps–Universität inne.[46]
30 Jahre zuvor – 1925 – hatte VILLINGER gefordert, "unerziehbare und asoziale Individuen" zur "dauernden Verwahrung in geeigneten Kolonien, sogenannten Verwahranstalten" unterzubringen.[47]
Seit 1926 Leitender Oberarzt beim Landesjugendamt Hamburg, zählte er die "Aussonderung praktisch Unerziehbarer" zu den allgemeinen Aufgaben des Jugendamtspsychiaters.[48] Bereits 1927 begann VILLINGER mit der erbbiologischen Erfassung der vom Hamburger Jugendamt betreuten Kinder– und Jugendlichen.[49]
Den Ausführungen VILLINGERS zufolge ging von sog. abnormen Kindern, wozu er 1928 beispielsweise auch die "zur Schulentlassung kommenden Hilfsschüler und Sitzenbleiber" zählte,[50] eine drohende Gefahr für Staat und Gesellschaft aus, denn diese "abnormen Kinder stellen später, im Volksganzen gesehen, das teils als Zersetzungsferment, teils als Ballast wirkende große Kontingent der Gemeinlästigen,

41 Alle Zitate ebd. S. 376 f.
42 Ebd. S. 377.
43 Ebd. S. 392. Hervorhebung W.S.
44 In einer Laudatio zum 65.Geburtstag. BUSEMANN/STUTTE 1952. S. 381.
45 EWALD 1958. S. 311.
46 Nähere Einzelheiten zur Vita VILLINGERS in SCHÄFER 1991.
47 VILLINGER 1925. S. 1738. Vgl. dazu auch VILLINGER 1931. S. 18 ff.
48 VILLINGER 1928. S. 318.
49 EBBINGHAUS u.a 1984. S. 102. Vgl. SIERCK 1988. S. 50.
50 VILLINGER 1928. S. 323

Gemeinschädlichen und Gemeingefährlichen dar und bilden ein schweres Problem nicht nur für den Arzt, sondern auch für den Pädagogen, den Richter, den Seelsorger, den Soziologen, den Verwaltungs– und Strafvollzugsbeamten und nicht zuletzt für jeden steuerzahlenden Staatsbürger".[51]
Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es sich bei den "Unerziehbaren", wie sie in den zwanziger Jahren von GREGOR, MÖNKEMÖLLER, VILLINGER und anderen definiert und beschrieben wurden, im wesentlichen um solche Jugendlichen und Erwachsenen handelte, die aus der Sicht der genannten Wissenschaftler "fürs soziale Leben untauglich" erachtet wurden,[52] wobei hinsichtlich Verwahrlosung eine starke anlagebedingte, erbliche Komponente behauptet und bei einem erheblichen Teil der Fürsorgezöglinge zwischen "Verwahrlosung" und "Psychopathie" eine enge Beziehung gesehen wurde.[53]
Christel BRAIG, eine Schülerin des Tübinger Jugendpsychiaters LEMPP, kommt bei der Analyse zahlreicher Texte von Psychiatern hinsichtlich der Diagnose Psychopathie zu der bemerkenswerten Feststellung, "daß sie (also die Psychiater, WS.) von Psychopathie reden, sobald sie sich in ihrer Autoritätsstellung angegriffen glauben."[54]
Vor diesem Hintergrund ist natürlich die Verwobenheit des Psychopathie– und des Unerziehbarkeitsbegriffs besonders aufschlußreich, wurden beide doch auch von Psychiatern geprägt, die gleichzeitig großen Heim–Einrichtungen vorstanden.[55]

Die durch solche Interpretationen vorgenommene Problemverschiebung ist offenkundig: Erziehungsschwierigkeiten in den Anstalten, die das Personal mit den Zöglingen hatte, wurden "zu Erziehbarkeitsproblemen der Zöglinge umgedeutet und in den Diskurs über die Grenzen der Erziehbarkeit integriert".[56]
Landesrat HECKER aus der Rheinprovinz faßte 1931 diese Interpretation in der schlichten Feststellung zusammen: "Das Problem der FE. ist ein Problem der

51 VILLINGER 1930. S. 210.
52 GREGOR 1925. S. 349.
53 GREGOR 1924. S. 406 f. u. 412 ff.
54 BRAIG 1978. S. 60 f.
55 MÖNKEMÖLLER meinte in diesem Zusammenhang, "wenn solche Kinder ganz unbelehrbar und unerziehbar bleiben, wenn sie sich gegen eine zielbewußte Erziehung dauernd heftig zur Wehr setzen, dann kommt man nicht um den Begriff der Psychopathie herum." MÖNKEMÖLLER (1926), zitiert nach BRAIG 1978. S. 58. Zur Kritik des Psychopathiebegriffs siehe grundlegend WULFF 1972. S. 304 ff. Nach HERZOG 1984. S. 118 f. ist der "Aussonderungszweck (...) dem Psychopathiebegriff, seinen verschiedenen Abkömmlingen und der gesamten Begrifflichkeit (...) von vornherein einbeschrieben." Zur Entwicklung des "Psychopathiebegriffs" in der Kinderpsychiatrie siehe BRAIG 1978.
56 DUDEK 1988. S. 165.

Reinigung! Aber nicht eine Reinigung von ungeeigneten Erziehern, sondern vielmehr von ungeeigneten Zöglingen."[57]

Binnen eines Jahrzehnts hatte sich damit der reformerische Anspruch des Reichjugendwohlfahrtsgesetzes (§ 1 "Recht auf Erziehung für jedes deutsche Kind") in die Stigmatisierung der sogenannten "Unerziehbaren" gewandelt.

Detlev PEUKERT hat diese Entwicklung, also die "Zuwendung zu den Erziehbaren" einerseits und die "Ausgrenzung der Unerziehbaren" andererseits, treffend als "das Janusgesicht der modernen Sozialpädagogik" bezeichnet.[58]

Teil II

"Ausmerzereif oder förderungsbedürftig" – Die Entwicklung der Fürsorgeerziehung während des Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Kinder– und Jugendpsychiatrie

Der Allgemeine Fürsorgerererziehungstag (AFET)[59] hatte bereits am 26. Juli 1933 dem Deutschen Gemeindetag "Leitgedanken zur Gestaltung der Fürsorgeerziehung (FE.)" zugesandt. Darin hieß es:

"Die Fürsorgeerziehung (FE.) als staatliche Ersatzerziehung hat sich ihrem Wesen und Charakter nach der Zielsetzung des Führers Adolf Hitler für den nationalsozialistischen Staat und für seine Erziehungsgrundsätze einzufügen."[60]

Ein "Rundschreiben der rheinischen Fürsorgeerziehungsbehörde an die Erziehungsheime vom 28. Februar 1936" trug vor diesem Hintergrund den aufschlußreichen Titel "Stärkere Trennung der erbgesunden von den erbgeschädigten Elementen in der Fürsorgeerziehung und schärfere Ausscheidung der Erziehungsunfähigen."[61]

---

57 HECKER: Das Moment der Freiwilligkeit in der FE. In: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz. 1931. S. 274 f., zit. nach PEUKERT 1989. S. 324.

58 PEUKERT 1986. S. 307.

59 Zur Geschichte u. Entwicklung des AFET siehe SCHERPNER/SCHRAPPER 1981.

60 BA Koblenz, R 36, Nr. 1953. Druck erschien im Zentralblatt für Jugendrecht u. Jugendwohlfahrt. 5/1933. S. 161–165.

61 Abdruck in: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz. 12. Jg. 1936. Nr. 4. S. 259–260.

Hermann ALTHAUS,[62] Reichsamtsleiter des Amtes "Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe" im Hauptamt für Volkswohlfahrt und Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, formulierte 1939 das Ziel aller fürsorgerischen Maßnahmen mit dem folgenden programmatischen Satz:
"Alle Sorge und soziale Volkswohlfahrt dient aus grundsätzlicher Erwägung heraus dem Erbtüchtigen. Sie übt keine aussichtslose, das Volksvermögen verschleudernde Fürsorge für Erbkranke, sondern eine aufbauende Vorsorge für die Erbgesunden."[63]

Friedrich SCHAFFSTEIN, Mitglied des Reichsrechtsamts der NSDAP und Ende 1937 in der Akademie für Deutsches Recht Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Jugendstraf– und Jugendpflegerecht,[64] seit 1954 dann Professor in Göttingen und einer der einflußreichsten Jugendstrafrechtslehrer, sein Kommentar zum Jugendstrafrecht erschien 1998 in der 13. Auflage, also dieser viel gelesene Jugendstrafrechtslehrer der Bundesrepublik formulierte 1936:
"Eine weltanschauliche Schranke finden Strafvollzugserziehung und Fürsorgeerziehung nur im Rassegedanken, dem jede Kräfteverschwendung an erbbiologisch Minderwertige widersprechen würde. (...) Deshalb ist es notwendig, die Erziehungsarbeit mit einer gewissen Rigorosität auf diejenigen Gefangenen zu beschränken und zu konzentrieren, deren Erhaltung für die Gemeinschaft nach ihrer Persönlichkeit und nach ihrer erbbiologischen Veranlagung für Volkstum und Rasse wirklich wünschenswert erscheint."[65]
1937 veröffentlichte SCHAFFSTEIN in der Zeitschrift "Das Junge Deutschland" einen Beitrag, der den programmatischen Titel "Ausleserecht gegen Minderwertigenfürsorge" trug.
Darin rief er dazu auf, die "Restbestände des alten humanitären Jugendwohlfahrtsrechts mit nationalsozialistischem Geist zu durchdringen und sich nicht umgekehrt von ihrem Geist durchdringen zu lassen."[66]
Weiterhin forderte er – "Auslese und Differenzierung in der Jugendhilfe im allgemeinen und in der bisherigen Fürsorgeerziehung im besonderen",[67] wodurch die

62 Zur Biographie von ALTHAUS vgl. HANSEN 1991. S. 378 f.
63 ALTHAUS, H.: Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Berlin 1939, zit. nach HASENCLEVER 1978. S. 144.
64 Vgl. WOLFF 1992. S. 9 ff.
65 SCHAFFSTEIN 1936. S. 287.
66 SCHAFFSTEIN 1937. S. 542.
67 SCHAFFSTEIN 1937. S. 542.

Fürsorgeerziehung "von den eigentlich asozialen, erheblich psychopathischen oder sonst biologisch unbrauchbaren Typen" entlastet werden sollte.[68]
Die Fürsorgeerziehung sollte sich sogar, wie es der Jugendpsychiater Max EYRICH 1938/39 als Landesjugendarzt von Württemberg formulierte, als "das erbbiologische Sieb dieser Jugend"[69] entwickeln, wobei das "Sieben" nach "erb– und rassenbiologischen Gesichtspunkten" primär Aufgabe des Psychiaters sein sollte.[70]
Die Mitwirkung der Jugendpsychiater im FE–Verfahren wurde tatsächlich bedeutend ausgeweitet und aufgewertet, wobei die Verabschiedung des GzVeN am 14.7.1933[71] eine zentrale Rolle spielte.[72]
Als Ergebnis einer Ende Juli 1933 gestarteten großen Umfrage an die Fürsorgeerziehungsbehörden faßte der AFET hinsichtlich der Mitwirkung der Psychiater folgendes zusammen:

"1. (...) besonders durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, sowie durch das zu erwartende Bewahrungsgesetz ergibt sich eine vermehrte Tätigkeit des Psychiaters in der FE.
2. Im Rahmen der von der Regierung angestrebten Einschränkungen minderwertigen Nachwuchses ist die psychiatrische Erfassung und Betreuung der in FE. befindlichen Mj. planmässig zu gestalten."[73]

Obwohl das Sterilisierungsgesetz erst am 1.1.1934 in Kraft treten sollte, beauftragte die Fürsorgeerziehungsbehörde des Rheinlandes bereits im September 1933 den Landesjugendpsychiater, die FE–Einrichtungen zwecks Feststellung der

---

68 Ebd. S. 544.

69 EYRICH 1939b. S. 260.

70 Vgl. EYRICH 1939a. S. 557: "Der Grundgedanke der Neuordnung (der FE in Württemberg, W.S.) ist möglichst frühzeitige Sichtung der Zöglinge unter erb– und rassenbiologischen Gesichtspunkten, und zwar durch den Psychiater." Zur Bedeutung der "Erbbiologie" in der jugendpsychiatrischen Klinik im Hinblick auf die Klassifizierung nach "Erbtüchtigkeit" der Kinder und Jugendlichen und der darauf sich aufbauenden Zuordnung nach "Fürsorge"– oder "Verwahrungs"–Maßnahmen, siehe auch HECKER, Elisabeth 1943.

71 Aus taktischen Gründen, man wollte den Abschluß des Konkordats mit dem Vatikan nicht gefährden, wurde es erst am 25.7.1933 veröffentlicht. NELIBA 1992. S. 183. Zur Entstehung des GzVeN vgl. ebd. S. 174 ff.

72 Zur Bedeutung der "rassenhygienischen Aufgaben" der Psychiatrie in der offenen Fürsorge vgl. ROEMER 1934.

73 "Ergebnis einer Rundfrage des AFET. zur Frage der Abänderung der die Fürsorgeerziehung betreffenden Bestimmungen." (Zitat: darin S. 34). BA Koblenz. R 36. Nr. 1953. Das Ergebnis der Rundfrage wurde u.a. bei einer Sondersitzung des AFET am 5.10.1933 in Hannover diskutiert. Ebd.

"erbkrankenverdächtigen" Zöglinge zu bereisen.[74]

Die exponierte Stellung der Jugendpsychiater in der öffentlichen Erziehung wurde auch in der Zeitschrift "Deutsche Jugendhilfe" herausgestellt. Ihre Aufgaben – hier am Beispiel Württembergs – wurden dabei folgendermaßen beschrieben:
"Der Landesjugendarzt (...) ist der psychiatrische Sachbearbeiter in allen Angelegenheiten der öffentlichen Erziehung, also auch in Fragen der Zöglingsauslese. (...) Ferner überprüft er sämtliche Minderjährigen Anstaltsinsassen vor ihrer Entlassung in erbgesundheitlicher Hinsicht und veranlaßt gegebenenfalls die Durchführung der Unfruchtbarmachung."[75]

Die Fürsorgeerziehung erhielt also ganz offiziell und unmißverständlich, wie es der schon zitierte Landesjugendarzt Max EYRICH formulierte, einen "Doppelcharakter". Dazu gehöre die "Verpflichtung", neben der Gewinnung der Erziehbaren für die Gemeinschaft, "das auszusieben, was seiner Haltung nach für die Gemeinschaft und erbbiologisch für die künftige Generation nicht tragbar ist."[76]
Die Untersuchung und Selektierung der Zöglinge in erbgesundheitlicher Hinsicht fand in sog. "Beoabachtungskliniken" oder "Beobachtungsheimen" statt.
In der Provinz Hessen–Nassau war die Sichtung der Zöglinge beispielsweise vier Landesaufnahmeheimen übertragen worden. Eines davon befand sich in Idstein im Taunus, in dessen Selbstdarstellung aus dem Jahr 1938 sich folgende Aufgabenbeschreibung findet:
"Der Psychiater der Heil– und Erziehungsanstalt 'Kalmenhof' Dr. BRUNNER wird zu Durchführung der notwendigen Sterilisation und Begutachtung der evtl. Erziehungsunfähigkeit und Ausscheidung aus der Fürsorgeerziehung herangezogen."[77]
Von Idstein sind solche, sozusagen psychiatrisch ausgesiebte Fürsorgezöglinge, auch hier nach Breitenau gekommen.[78]

---

74 KAMINSKY 1995. S. 213, zit. nach KEIM 2000. S. 61 f.

75 GÜNZLER 1939. 12 f. Hinsichtlich der sog. "Schwachsinnigen" in den Heimen schrieb EYRICH (1939a. S. 558): "Daß der Anstaltsentlassung die Unfruchtbarmachung vorausgeht ist dabei selbstverständlich."

76 EYRICH 1939b. S. 260.

77 Selbstdarstellung des Landesaufnahmeheims von Idstein im Jahr 1938, gerichtet an den Oberpräsidenten in Wiesbaden. BA Koblenz. R 36. Nr. 2008. Zit. nach KUHLMANN 1988. S. 266. In den preußischen Provinzen schienen aufgrund eines Berichtes über die Rechnungsjahre 1939 und 1940 "Aufnahmeheime bzw. Beobachtungsstationen in Verbindung mit einem Erziehungsheim (...) in allen Bezirken zu einem festen Bestandteil der FE. geworden zu sein." (Deutsche Jugendhilfe. 33. Jg. 1941/42. S. 198–204, zit. nach FRANCKE 1943. S. 343.)

78 THIEL 1991. S. 71.

Über die erbbiologische Sichtung und Siebung von Fürsorgezöglingen hinaus entwickelten führende Jugendpsychiater "Diagnosen" und Kriterien für die Zwangssterilisation dieser Jugendlichen, die selbst über die dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zugrunde gelegten "Krankheitsbilder" hinausgingen.[79]
Adalbert GREGOR meinte beispielsweise, daß aufgrund der von ihm vorgenommenen Bewertungen und Berechungen an schulentlassenen und schulpflichtigen Fürsorgezöglingen aus dem Jahr 1934 zwischen 18,75 % (weibliche schulpflichtige Zöglinge) und 28,78 % (schulentlassene weibliche Zöglinge) für eine Sterilisierung infrage kämen,[80] wobei er bei seiner Bewertung der untersuchten 1.433 Mädchen deren "moralisch minderwertigen bzw. antisozialen Disposition" eine "ausschlaggebende Bedeutung" beimaß. Aufgrund dieser Maßstäbe hielt GREGOR also einen weit größeren Kreis der Fürsorgezöglinge für sterilisierungsbedürftig, als es der Spruchpraxis der Erbgesundheitsgerichte entsprach, die zumindest zum damaligen Zeitpunkt ihre Entscheidungen noch primär von der genauso fragwürdigen "Intelligenzleistung"[81] und nicht von der "antisozialen Disposition" abhängig machten.[82]

Bis zum 31.3.1935 war bei 2.693 Zöglingen, die Zahl entspricht 8,5% aller Zöglinge, ein Antrag auf Unfruchtbarmachung beim Erbgesundheitsgericht gestellt worden. In 1.520 Fällen (= 4,8 % aller Zöglinge), war rechtskräftig auf Sterilisation entschieden worden, über die restlichen 1.076 Anträge lag bis zum Stichtag noch keine rechtskräftige Entscheidung vor. In weiteren 1.683 Fällen (= 5,3% des Zöglingsbestandes), war die Prüfung wegen Stellung eines Antrags auf Unfruchtbarmachung noch nicht abgeschlossen. Der Anteil der als "erbkrank" oder "erbkrankverdächtigen" Zöglinge war mit 19,5% in Westfalen am höchsten, am niedrigsten in Oberschlesien mit 5,1 % und Wiesbaden mit 4,1%.[83]

---

79 Als solche waren nach § 1 GzVeN angegeben: angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, manisch–depressives Irresein, erbliche Fallsucht, Chorea Huntington erbliche Blindheit, erbliche Taubheit und schwere erbliche körperliche Mißbildung. Ferner konnte unfurchtbar gemacht werden, "wer an schwerem Alkoholismus leidet." Vgl. GÜTT/RÜDIN/RUTTKE 1934. S. 56. Für keines dieser im Gesetz angeführten Krankheitsbilder war zum damaligen Zeitpunkt ein eindeutiger Erbgang nachgewiesen. Vgl. ROTHMALER 1989. S. 73.

80 Berechung nach Zahlenangaben von GREGOR 1934a. S. 178. Vgl. auch GREGOR 1934b. S. 38.

81 Wenn "Asoziale" den im GzVeN vorgeschriebenen Intelligenztest erfolgreich absolvierten, wurde das zum Teil als "Raffinesse" und "Gerissenheit" ausgelegt, was dann gleichfalls ein Sterilisierungsgrund war. Vgl. SCHERER 1990. S. 101. Vgl. SCHMUHL 1987. S.424 f./Anm. 24.

82 GREGOR 1934b. S. 38.

83 KRAUS 1974. S. 208.

Fürsorgezöglinge, die sich der drohenden Zwangssterilisation durch Flucht und Untertauchen zu entziehen versuchten, wurden übrigens wie Schwerverbrecher verfolgt.
Am 16.5.1934 vermerkte das Jugendamt Münster beispielsweise, daß die Polizeibehörde ersucht worden sei, ein aus einer Erziehungsanstalt geflohenes Mädchen, unter Hinweis auf dessen angeordnete Sterilisation, "in Schutzhaft zu nehmen".[84] "Sterilisanden" wurden zur Fahndung ausgeschrieben und "ihre Namen wurden in den kriminalpolizeilichen Fahndungsblättern veröffentlicht".[85] (Bock, G. 1986. S. 257)
Ein in einer evangelischen Anstalt verwahrtes Mädchen führte vor dem drohenden Eingriff mehrere Flucht– und Selbstmordversuche durch. Nachdem die Sterilisation doch erfolgte, sprang es aus dem Fenster und verstarb an den Folgen des Sturzes.[86] Auch in Bethel kam es infolge von Sterilisierungsbeschlüssen zu Suiziden von Patienten.[87]
Vor allem am Wirken des schon genannten "Führers der deutschen Jugendpsychiatrie" in der frühen Bundesrepublik, Werner VILLINGER, läßt sich verdeutlichen, wie in die Beurteilung von Fürsorgezöglingen zunehmend "soziale Diagnostik" eindrang.
In seiner Eigenschaft als Chefarzt der von Bodelschwingh'schen Anstalten in Bethel[88] von 1934 bis 1940 war er auch für die dort untergebrachten 300 Fürsorgezöglinge[89] verantwortlich.
Obwohl VILLINGER damals zugeben mußte, daß es vor allem bei Jugendlichen schwer sei, eine Erbkrankheit "im Sinne des Gesetzes"[90] zu erkennen,[91] ging er davon aus, daß etwa 50 % der in Bethel untergebrachten Fürsorgezöglinge "debil" und somit potentielle Sterilisanden im Sinne des Gesetzes mit der Diagnose "angeborener Schwachsinn" seien.[92]
Hatte ein "erbkrankenverdächtiger" Fürsorgezögling in Bethel Eltern, die mangelnde "Lebensbewährung" gezeigt hatten, dann war der betreffende Jugendliche ein Sterilisierungskandidat. Die erbliche Belastung eines Fürsorgezöglings wurde also auf

---

84 KUHLMANN 1989. S. 135 f.
85 BOCK, G. 1986. S. 257.
86 "Gesundheitsfürsorge" 10/1936. S. 336, zit. nach NOWAK 1984. S. 105.
87 SCHMACKE/GÜSE 1984. S. 162. Siehe auch WEITBRECHT 1968. S. 13.
88 Von Hamburg kommend, hatte er am 1.1.1934 seinen Dienst in Bethel angetreten. Vgl. SCHÄFER 1991. S. 196 ff.
89 VILLINGER 1935a. S. 70.
90 Vgl. Anm. 79.
91 Vgl. KUHLMANN 1989. S. 141. Siehe dazu VILLINGER 1935b. S. 243 f.
92 VILLINGER 1935b. S. 236.

solch äußere Tatsachen gegründet, "ob Vater oder Mutter oder andere nähere Angehörige einen liederlichen Lebenswandel geführt" hatten.[93]

In Bethel wurden insgesamt 1093 Zwangssterilisationen durchgeführt,[94] der überwiegende Teil während VILLINGERS Chefarzttätigkeit.

Aus Aussagen von früheren Patientinnen in Bethel wissen wir, daß das zuständige Erbgesundheitsgericht im Besuchszimmer von Bethel tagte[95] und dort im Fließbandverfahren[96] die Sterilisationsprozesse abwickelte.

30–40 Fälle wurden an einem Nachmittag verhandelt[97], meine Überschlagsrechnung ergab, daß in durchschnittlich nicht einmal 7 Minuten in der Anstalt Bethel der Inneren Mission über die Sterilisation eines dort untergebrachten Patienten entschieden wurde.

VILLINGER war seinerzeit übrigens Beisitzer beim Erbgesundheitsobergericht in Hamm[98] und ließ selbst Ausländer sterilisieren, was das Gesetz gar nicht vorsah. "Wir haben" – so VILLINGER damals wörtlich – "im einen Fall eine Ausnahme gemacht, ein österreichischer Junge aus Braunau, dem Geburtsort Hitlers [...]. Die übrigen haben wir so behandelt wie die Inländer."[99]

Wenn man sich die folgenden Worte vom Juli 1934 über den Sterilisierungs–Alltag in Bethel vergegenwärtigt, dann läßt sich erahnen, daß sich dort dramatische Szenen abgespielt haben müssen:

"Unser Krankenhaus kann zur Zeit mit den Sterilisierungen nicht ganz nachkommen. Wir haben nur einmal in der Woche Sterilisierungstag, wo nur eine beschränkte Zahl erledigt werden kann. Es geht dann auf Hauen und Stechen."[100]

---

93 HECKER, W. 1941. S. 32 f. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Tatsache ein besonderes Gewicht, daß VILLINGER den unfruchtbarzumachenden Jugendlichen in Bethel zwar den Beschluß des Erbgesundheitsgerichtes, nicht aber dessen Begründung gab. VILLINGER 1935b. S. 247. Das "Merkblatt über die Unfruchtbarmachung" (vgl. GÜTT/RÜDIN/RUTTKE 1934. S. 67) wurde ihnen ebenfalls nicht ausgehändigt

94 BÖNING 1953. S. 12. 1089 Sterilisationen durch operativen Eingriff, 4 Unfruchtbarmachungen durch Röntgenbestrahlung.

95 "Unter dem grossen Jesuswort" (1988) S. 27.

96 Vgl. ROTHMALER 1989. S. 71.

97 Aussage Villingers vor dem "Ständigen Ausschuß für Fragen der Rassenhygiene und Rassenpflege" beim "Central–Ausschuß der Inneren Mission" am 14. April 1937. Zit. nach BOCK, G. 1986. S. 258/Anm. 9.

98 BDC Akte VILLINGER, selbstverfaßter Lebenslauf v. 1.7.1944.

99 Zitat nach KLEE 1989. S. 92. Vgl. KLEE 1990. S. 63. Aufgrund der kritischen Reaktionen im Ausland über solche Praktiken, die für das NS–Regime zunehmend ein "Ärgernis" wurden, verfügte Hitler im Dezember 1935, von einer Zwangssterilisierung bei Ausländern generell abzusehen. Vgl. GANSSMÜLLER 1987. S. 84

100 Zitat nach KLEE 1989. S. 92. Vgl. BOCK, G. 1986. S. 378/ Anm. 23

Auch in Bethel kam es infolge von Sterilisierungsbeschlüssen zu Suiciden von Patienten.[101]
Diejenigen, die gegen diese Zustände in der größten Einrichtung der Inneren Mission protestierten, hatten nur mit gnadenlosem Unverständnis zu rechnen.
Im November 1934 äußerte bei einer Tagung des AFET in Würzburg über Eltern, die in Briefen an ihre in Bethel untergebrachten Kinder Unmut über deren bevorstehende Sterilisierungen geäußert hatten, folgendes: "Zum Teil dürfte das auf den elterlichen Schwachsinn zurückzuführen sein, zum Teil auch darauf, daß sie früher andere politische Einstellungen hatten und von daher in ihrem Denken noch beeinflußt sind."[102]
Angesichts der Bedeutung, die Werner VILLINGER bis 1961 in der deutschen Jugendpsychiatrie und in der Jugendhilfe hatte, vor allem hinsichtlich des Wiederaufbaus der Jugendfürsorge in der Bundesrepublik, möchte ich aus einer Rede von ihm zitieren, die er vor der "Christlichen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung" am 25.6.1935 hielt:
"Mit Schaudern denken wir an die Jahre nach dem Krieg zurück [...]. Fortschrittsglaube, Freihandel, Frauenemanzipation, Pazifismus, Koedukation, Gleichheit aller Menschen, Aufklärung, Nacktkultur, vor allem aber 'Freiheit', und diese wieder am uneingeschränktesten auf dem Gebiete der 'Liebe', – wir kennen alle diese Schlagwörter und Bestrebungen, die in jener Zeit die Köpfe [...] verwirrten [...]. Bis endlich der langersehnte Umschwung kam und mit ihm biologisch fundiertes Denken und Handeln beim Staat und von da aus auch bei unserem ganzen Volk seinen Einzug hielt. Eugenik, positive und negative, lautete jetzt die Parole."
Diese Worte waren übrigens in der Zeitschrift "Die Innere Mission" abgedruckt.[103]

---

101 BÖNING 1953. S. 12. Dazu Weitbrecht (1968) S. 13: "Infolge der ihnen drohenden Sterilisation haben zahllose wertvolle Menschen den Freitod gewählt [...]."

102 VILLINGER 1935b. S. 247. Der Herausgeber der angesehenen "Psychiatrisch–Neurologischen Wochenschrift" schrieb 1934 in einer Rezension, man solle diejenigen, die "gegen das Gesetz (zVeN, W.S.) aus Welt– oder vielmehr Hinterweltanschauungs–Gründen (in Wirklichkeit politischen Gründen) eifern und es mittels seelischer Schwarzarbeit zu sabotieren versuchen, [...] geistig und körperlich in erster Reihe kastrieren". Zitat nach Bock, G. (1986) S. 192

103 VILLINGER 1935c. S. 247. "Ohne biologische Gesichtspunkte" – so formulierte er an anderer Stelle und dabei auf die Zeit der Weimarer Republik zurückschauend – "[...] schien in einer Zeit fast schrankenlos individualistischer Einstellung großer Teile der Bevölkerung und einer einseitigen Bevölkerungspolitik des Staates, der unter der Devise 'Schutz den Schwachen' geradezu die Schwäche, die moralische, biologische und strafrechtliche, züchtete und die Gesundheit des Volkskörpers und das soziale Zusammenleben gefährdete, die Fürsorge selbst zu einem Beschleunigungsfaktor der bedenklich um sich greifenden Entartung zu werden. Im nationalsozialistischen Staat, der in seinem Denken biologisch fundiert ist, besteht diese Gefahr nicht mehr. Das Erbkrankheitenverhütungssgesetz will die durch unsere zivilisatorischen und kulturellen überaus verwickelten Lebensverhältnisse stark zurückgedrängten und oft geradezu in

1939 begründete VILLINGER schließlich die "Notwendigkeit eines Reichsbewahrungsgesetzes vom jugendpsychiatrischen Standpunkt aus". Es gehe nicht an, mit "solchen erbbedingt haltlosen, mehr oder weniger unverbesserlichen Jugendlichen die Fürsorgeerziehungsanstalten zu belasten", und noch "viel unmöglicher" sei es, "gesunde, psychisch vollwertige Volksgenossen der seelischen – oft auch der körperlichen – Infektion durch sie auszusetzen".[104] Durch die "Früherfassung der Bewahrungsbedürftigen" entlaste man "die Fürsorgeerziehungsanstalten von all den Störenfrieden und Unverbesserlichen, die heute die Fürsorgeerziehung so überaus mühevoll und oft so aussichtslos machen."[105]

Obwohl auch in den von Bodelschwinghschen Anstalten Prügel für Fürsorgezöglinge an der Tagesordnung waren – der Oberdiakon von "Haus Moorburg" hatte im rechten Stiefel immer eine Reitgerte stecken – [106] war Chefarzt VILLINGER der Meinung, daß "die Lebensverhältnisse" in den F.E.–Heimen "weithin" den "natürlichen Bedingungen" entsprachen.[107]

Allerdings geht selbst aus der damaligen Fachliteratur hervor, daß es sich bei dieser Wertung um eine völlige Verharmlosung der tatsächlichen Lebensumstände in den FE–Anstalten handelte.

Zöglinge schilderten in publizierten Berichten, daß sie "wegen ungehörigen Betragens oder Unachtsamkeiten bei der Arbeit mit Fäusten, Fußtritten, Schaufelstielen, dicken Stöcken u.a. mißhandelt worden seien."[108]

In der Heilerziehungsanstalt Kalmenhof (Idstein/Taunus) war beispielsweise ein häufig angewandtes "Erziehungsmittel" das Schlagen mit dem Ochsenziemer.[109]

Wenn Andreas MEHRINGER, im "Dritten Reich" Mitarbeiter der NSV–Jugendhilfe und in dieser Eigenschaft auch ein Befürworter der "Beseitigung des Erbminderwertigen" aus der Jugendhilfe,[110] 1982 im Rückblick auf diese Zeit von der

---

ihr Gegenteil verkehrten Auslesevorgänge planmäßig ersetzen und damit eine weitere Zunahme des erbbiologisch unterwertigen Volksteils nach Kräften verhüten." VILLINGER 1935b. S. 235.

104 VILLINGER 1939. S. 17.

105 Ebd. S. 18.

106 Vgl. "Fürsorge–Erziehung in den v. Bodelschwinghschen Anstalten. Ein Bericht von Rudolf Wendt". In: KLEE 1993. S. 140–144.

107 VILLINGER 1935b. S. 238.

108 RASCH, Gustav: Anwendung und Bewertung von Strafen in der Fürsorgeerziehung. In: Deutsche Jugendhilfe. 35. Jg. 1943. S. 24, zit. nach KUHLMANN 1989. S. 115.

109 SICK 1983. S. 37, Anm. 76.

110 Vgl. KUHLMANN 1989. S. 177 u. S. 251 f. Zur Kritik an MEHRINGERs Beitrag hinsichtlich aktiver Beteiligung und Verschleierung der NS–Aussonderungspolitik in der Heimerziehung siehe SCHRAPPER 1990. S. 425 f.

"fast noch mittelalterlichen Härte", die in den damaligen Fürsorgererziehungsanstalten herrschte, schrieb, dann war dies keineswegs übertrieben.[111]

Anläßlich des Gründungskongresses der "Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik" am 5. September 1940 in Wien, die heutige "Deutsche Gesellschaft für Kinder– und Jugendpsychiatrie" betrachtet dieses Ereignis übrigens als ihre Geburtsstunde,[112] wurde in verschiedenen Referaten auch das Thema "Schwererziehbarkeit", "Unerziehbarkeit" und Fürsorgeerziehung behandelt.[113]
VILLINGER hielt eine Rede, die insofern herausragte, als sie am stärksten politische und fachliche Implikationen verband. Sie trug den Titel "Erziehung und Erziehbarkeit".
Darin entwickelte er ein pädagogisches Konzept, daß er mit der Formel "Verwahrlosungsverhütung durch autoritäre Maßnahmen" beschrieb,[114] wozu er das schon seit Jahren von ihm vorgeschlagene "Bewahrungsgesetz" empfahl.
Ein solches Gesetz würde, so hatte er schon ein Jahr zuvor ausgeführt, "das nationalsozialistische Gesetzeswerk zum Schutze der Volksgesundheit im weitesten Sinn und zum besten einer ungestörten, leistungsfähigen Volksgemeinschaft wirkungsvoll abrunden, indem es dem Volkskörper Schädlinge und Schmarotzer fernhält, bei der eugenischen Ausmerze wichtige Dienste leistet, der Entstehung des Verbrechertums wirksam vorbeugt und die Fürsorge erst wirklich im nationalsozialistischen Geiste um– und auszugestalten gestattet."[115]
Darüber hinaus betonte er sogar, daß die zu bewahrenden Erwachsenen "vielfach zugleich auch politisch sehr unzuverlässige und aufreizende Elemente" seien,[116] was für die Betroffenen einer geradezu tödlichen Bedrohung gleichkam.
Die Anwesenheit von Vertretern mehrerer Ministerien, des Reichsgesundheitsamtes, des Deutschen Gemeindetages und der Reichsjugendführung[117] nutzte VILLINGER 1940 in

111 MEHRINGER 1982. S. 129.

112 Vgl. Deutsche Gesellschaft für Kinder– und Jugendpsychiatrie (DGKJP). "Merkblatt". In: Spektrum. 24. Jg. Nr. 3. 1995. S. 134–138, hier: S. 137.

113 Sämtliche Beiträge der Gründungsversammlung der "Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik" sind abgedruckt in: Zeitschrift für Kinderforschung. 49. Bd. H. 1. 1941.

114 VILLINGER 1941. S. 26.

115 VILLINGER 1939. S. 20.

116 VILLINGER 1939. S. 17.

117 Vgl. "Eröffnung" der Gründungsversammlung der "Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik". In: Zeitschrift für Kinderforschung. 49. Bd. H. 1. 1941. S. 3. Wie der Teilnehmer Hermann STUTTE, der von seiner damals im Osten liegenden Truppe einen Kurzurlaub erhalten hatte, berichtete, bestand die "Mehrzahl" der Teilnehmer der Gründungsversammlung aus "Uniformierten". Vgl. STUTTE 1970. S. 313. Ders. 1977. S. 402.

Wien, um mit der Weimarer Republik abzurechnen. Sich auf die am Anfang meines Beitrags erwähnte schwierige und skandalöse Situation der Fürsorgeerziehung in den zwanziger Jahren beziehend, lobte er die jetzigen Zustände in den Heimen mit folgendem denkwürdigen Satz:

"Sie sind wie ausgestorben, jene widerspenstigen Lümmel, die einst die öffentlichen und privaten Fürsorgeerziehungsanstalten bevölkerten und nach Belieben die 'Revolten im Erziehungshaus' inszenierten."[118]

Sie waren zum Teil wirklich im Wortsinn "ausgestorben", die "widerspenstigen" Fürsorgezöglinge, totgeprügelt oder nach Fluchtversuchen durch Injektionen ermordet.[119]

In einem anderen der Wiener Vorträge vom Herbst 1940 wurde auch eine der von mir erwähnten "Sichtungs– und Beobachtungskliniken" vorgestellt.

Es referierte Hans Aloys SCHMITZ, Leiter der Rheinischen Landesklinik für Jugendpsychiatrie.

Hinsichtlich der inhaltlichen Aufgaben seiner Klinik stellte er zusammenfassend fest, daß an "die Stelle einer unterschiedslosen Fürsorgetätigkeit (...) eine planvolle Sichtungsarbeit getreten (ist) mit klarer Ausrichtung auf ein dem deutschen Volke gemäßes Idealbild körperlich–seelischer Gesundheit."[120]

Schon Jahre zuvor hatte SCHMITZ konkretisert, was dies praktisch bedeutete. 1938, in seinem Beitrag über die "Entwicklung der Jugendpsychiatrie in der Rheinprovinz", hatte er von "auslesender Diagnostik"[121] gesprochen und den "Nationalsozialismus" ausdrücklich gelobt, der in "das junge Arbeitsgebiet der Jugendpsychiatrie" "einen entscheidenden Umbruch in der grundsätzlichen Denkrichtung dadurch (brachte), daß er die Entscheidung 'ausmerzereif oder förderungsbedürftig' an Anfang und Ende jeder ärztlichen erzieherischen und richterlichen Tätigkeit setzte."[122]

Der 1. Vorsitzende der Gesellschaft, SCHRÖDER aus Leipzig, bot in seinem Grundsatzreferat "Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik" zur Auslese des HJ– und BDM Führerkorps gar jugendpsychiatrische Kompetenz an[123] wohingegen die Eingliederung "geschädigter und nicht vollwertiger Kinder" "unter stetiger sachkundiger

---

118 VILLINGER. 1941. S. 22.

119 PLATEN–HALLERMUND 1948. S. 52 – 55. Weitere Einzelheiten dazu vor allem bei SICK 1983. S. 39 – 53. Vgl. auch BROMBERGER/MAUSBACH 1987. S. 75 ff.

120 SCHMITZ 1941. S. 100.

121 SCMITZ 1938. S. 691.

122 Ebd. S. 688.

123 SCHRÖDER 1941. S. 12.

Auswahl der Wertvollen und Erziehungsfähigen, mit ebenso strengem und zielbewußtem Verzicht auf die als überwiegend wertlos und unerziehbar Erkannten" stattfinden sollte.[124]
Die im Herbst 1940 in Wien gehaltenen Referate der führenden Standesvertreter der deutschen Jugendpsychiatrie dokumentieren auf geradezu bedrückende Weise, daß die "Deutsche Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik" den anwesenden Staats– und Parteivertretern ausrücklich bestätigte, daß die der NS–Sozial– und Gesundheitspolitik zugrunde liegende Dichotomie von "fördern" und "ausmerzen" auch die ihre war.
Vor diesem Hintergrund ist die folgende Darstellung dieses historischen Sachverhalts durch die heutige "Deutsche Gesellschaft für Kinder– und Jugendpsychiatrie" nicht nur eine beschönigende, sondern eine geradezu skandalöse Aufarbeitung ihrer Geschichte: "Durch die Herrschaft des Nationalszoialismus wurden die berufspolitischen Aktivitäten sehr behindert und zum Teil in ihren Zielen verfälscht und belastet."[125]

Trotz intensiver Bemühungen kam ein Bewahrungsgesetz nicht zustande;[126] die zahlreichen Entwürfe blieben im Kompetenzgerangel zwischen Fürsorge, Justiz und Polizei stecken.[127] Auch ein geplantes "Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder" trat nicht mehr in Kraft.[128]
Die als "unerziehbar" definierten Fürsorgezöglinge wurden aber während der gesamten Debatte, sozusagen im Vorgriff auf die ausstehende gesetzliche Lösung, schon innerhalb der FE ausgegrenzt, eine Praxis, die die FE–Behörden "Bewahrung innerhalb der Fürsorgeerziehung" nannten.[129] Zu diesem Zwecke richtete beispielsweise die rheinische FE–Behörde bereits 1934 besondere "Bewahrungsstationen" ein, die sich außerhalb der FE–Heime befanden.[130]

---

124 SCHRÖDER 1941. S. 14. Hervorhebung W.S.
125 "MERKBLATT" 1995 (wie Anm. 112). S. 137.
126 Zum Verlauf der Bewahrungsdebatte in der NS–Zeit siehe PEUKERT 1986. S. 274 ff., WAGNER 1988. S. 77 ff. u. WOLFF 1992. S. 173–188 ("Jugendbewahrung und Gemeinschaftsfremdengesetz").
127 Vgl. PEUKERT 1989. S. 331.
128 Vgl. WAGNER 1988. S. 80 ff. u. AYAß 1994. S. 202–209.
129 Siehe HASENCLEVER 1978. S. 132. KUHLMANN 1989. S. 143 ff. Auf die Aussonderung "fremdvölkischer" Kinder und Jugendlicher aus der FE kann im Rahmen dieses Beitrags nicht eingegangen werden. Vgl. dazu SCHÄFER 1996. S. 227–233.
130 Vgl. "Bewahrung innerhalb der Fürsorgeerziehung". 1934. S. 314.

Nach Berechnungen der rheinischen FE–Behörde (1.4.1935–31.3.1936) sollten 1,42% der Zöglinge für eine Bewahrung in Frage kommen.[131]

Um zu verhindern, daß, wie es das RJWG vorsah, Fürsorgezöglinge auch ohne das Eintreten eines "Erziehungserfolgs" mit dem 19. Lebensjahr entlassen werden mußten, schaltete sich HITLER persönlich ein.

Reichsleiter BORMANN schrieb am 30.8.1941 aus dem Führerhauptquartier an Reichsminister LAMMERS, daß der Führer wünsche, daß Zöglinge, die nach Vollendung ihres 19. Lebensjahres aus der Fürsorgeerziehung ausscheiden müssen, auch wenn das Ziel der Fürsorgeerziehung als nicht erreicht angesehen wird, "dann keinesfalls frei gelassen werden; sie sollen ohne weiteres sofort auf Lebenszeit ins Konzentrationslager kommen. (...) Der Führer wünscht, daß solche minderwertigen Subjekte nicht erst aus der Fürsorgeerziehung entlassen, sondern sofort in ein Konzentrationslager auf Lebenszeit überführt werden."[132]

Praktiziert wurde eine solche "Überführung" auch aus der hessischen Anstalt Haina, aus der man am 2. April 1944 17 Patienten ins Konzentrationslager Mauthausen "verlegte", darunter "Fürsorgezöglinge, Schulversager, Epileptiker, 'Psychopathen' und 'Schwachsinnige'".[133]

Während die Anordnung HITLERS eine gesetzliche Bewahrungsregelung für die Gruppe der zu entlassenen Fürsorgezöglinge obsolet gemacht hatte, war schon ein Jahr zuvor eine Bewahrungslösung für minderjährige "unerziehbare" Jugendliche in der Kompetenz der Polizei aufgebaut worden.

Seit Mitte August 1940 war mit großer öffentlicher Resonanz in den einschlägigen Fachpublikationen und der Tagespresse in Moringen ein Jugendschutzlager für Jungen in Betrieb genommen worden,[134] das zutreffender als Jugendkonzentrationslager

---

131 "Kosten für die Bewahrung Jugendlicher unter 18 Jahren in der Rheinprovinz" u. "Kosten für Preußen bezw. für das Reich." Anlagen zu einem Schreiben von Landesrat HECKER (24.7.1936) an den Vors. d. Rheinischen Arbeitsgemeinschaft für Wohlfahrtspflege. BA Koblenz. R 36. Nr. 1828.

132 BA Koblenz. R 43 II. Nr. 520c. Bl. 27–28. Vgl. auch Dokument Nr. 211 in JAHNKE/BUDDRUS 1989. S. 339. Weitere Einzelheiten zu diesem Vorgang in HANSEN 1991. S. 279.

133 Vgl. KLEE 1983. S. 361.

134 Beispiel aus der Tagespresse in MUTH 1989. S. 248 f. Berichte in Fachpublikationen: Ein polizeiliches Jugendschutzlager. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. 1940. S. 174 u. ISERNHAGEN 1941. Vgl. RdErl. d. RMdI. v. 3.10.1941 "Einweisung in das Jugendschutzlager Moringen". In: Ministerialblatt des Reichs– u. Preußischen Ministeriums des Innern. 6. (102.) Jg. 1941. Sp. 1773–1774.

bezeichnet werden muß.[135]

Die "Konzentrationslager der Schwersterziehbarkeit", wie MÖNKEMÖLLER die Anstalten in den zwanziger Jahren beschrieben hatte, fanden in Moringen 1940 und im Jugendschutzlager für Mädchen Uckermark in unmittelbarer Nachbarschaft des KZ Ravensbrück 1942 ihre radikalisierte Verwirklichung.
Für Moringen sind 1.386 Einweisungen nachgewiesen, mindestens 89 Jugendliche sind in Moringen zu Tode gekommen.[136] 1.100 weibliche Jugendliche und junge Frauen wurden in Uckermark gefangen gehalten.
Für beide "Jugendkonzentrationslager" war als Kriminalbiologe der Jugendpsychiater und "Zigeuner"–Forscher Robert RITTER zuständig.[137]
Er hatte ein Differenzierungsblocksystem entwickelt, das sich folgendermaßen aufbaute: Beobachtungsblock, Block der Untauglichen, Block der Störer, Block der Dauerversager, Block der Gelegenheitsversager, Block der fraglich Erziehungsfähigen, Block der Erziehungsfähigen und schließlich ein Stapo–Block (von der Gestapo eingewiesene Zöglinge).[138]
SS–Standartenführer und Oberst der Polizei im Reichssicherheitshauptamt, Paul WERNER, zuständig für "vorbeugende Verbrechensbekämpfung", von 1952 bis zur Alterspensionierung 1966 Ministerialrat im baden–württembergischen Innenministerium in Stuttgart,[139] hatte die Aufgaben der beiden Jugendschutzlager Moringen und Uckermark (für Mädchen seit Juni 1942) folgendermaßen definiert:
"Aufgabe der Lager ist es nun, die eingewiesenen Lagerzöglinge auf ihre Erziehbarkeit zu sichten, die noch erziehbar erscheinenden mit geeigneten Mittel zu erziehen,[140] um sie vielleicht doch noch für die Volksgemeinschaft zu gewinnen oder zurückzugewinnen, und die unerziehbaren bis zu ihrer endgültigen Überführung in ein

---

135 Die "Jugendschutzlager" sollten nach Vorstellungen des Reichssicherheitshauptamts Elemente des Strafvollzugs, der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung und der FE in sich vereinigen. Vgl. MUTH 1989. S. 239.

136 NEUGEBAUER 1997. S. 36. Zahlen über Belegung bei HAMMERSCHMIDT 1999. S. 541.

137 Zu RITTER siehe WINTER 1988 u. BUMILER 1992. RITTER war einer der Vorgänger von STUTTE als Leiter des klinischen Jugendheims an der Universitätsnervenklinik Tübingen. STUTTE 1977. S. 400.

138 Vgl. WERNER 1944. S. 99 f. Zur Kritik an diesem System siehe REHBEIN 1968. S. 113 ff. u. PEUKERT 1989. S. 117 ff.

139 Vgl. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma: Presseerklärung vom 12.3.1990.

140 Z.B. "hartes Lager", Kostentzug, Straffstehen 2–6 Stunden, körperliche Züchtigung etc. WERNER 1944. S. 102.

Konzentrationslager oder in andere Einrichtungen zu verwahren unter größtmöglicher Ausnutzung ihrer Arbeitskraft."[141]

Spätestens mit dem Erziehungsfürsorge–Erlaß des Reichsministeriums des Innern vom 25.08.1943[142] spiegelte sich die nationalsozialistische Auffassung von einer "völkischen Jugendhilfe" in folgender Dreiteilung wider:

1. – Erziehungsfürsorge für die sog. erbgesunde u. wertvolle Jugend in der Verantwortung der NSV in 130 Jugendheimstätten mit ca. 8000 Plätzen

2. – die "normale" Fürsorgeerziehung für die noch als erziehbar eingeschätzten Kinder und Jugendlichen

3. – die Jugendschutzlager für die erbminderwertigen und als unerziehbar bezeichneten Jugendlichen.[143]

Teil III
Forschungen über Fürsorgezöglinge zwischen 1933 und 1945 und ihre Wirkungsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland

Ausgehend von der Wirkunsgeschichte dieser Forschungen bis in die 60iger Jahre der Bundesrepublik hinein, stehen im Mittelpunkt meiner Betrachtungen die Arbeiten von Hermann STUTTE.

Nach Werner VILLINGERS Tod, offiziell starb er 1961 bei einem Bergunfall, war es sein ehemals engster Mitarbeiter und Oberarzt Hermann STUTTE, der als "Pionier der deutschen Kinder– und Jugendpsychiatrie" (HARBAUER)[144] als ihr "Nestor" und ihre "Vaterfigur" (REMSCHMIDT)[145] geehrt wurde.

STUTTE – 1946 zusammen mit VILLINGER aus Tübingen nach Marburg gekommen – war 1954 der erste deutsche Lehrstuhl für Kinder– und Jugendpsychiatrie in Marburg

141 WERNER 1944. S. 98.
142 HANSEN 1991. S. 274 u. HASENCLEVER 1978. S. 134.
143 Vgl. HAMMERSCHMIDT 1999. S. 551 u. HASENCLEVER 1978. S. 134..
144 HARBAUER 1969. S. 308.
145 REMSCHMIDT, H.: Hermann Stutte. Nachruf. In: Geistige Behinderung. 21. Jg. 1982. H. 3. S. 194–195, hier: S. 195.

übertragen worden,[146] die von ihm geleitete Klinik an der Philipps–Universität war die erste selbständige deutsche Universitätsklinik für Kinder– und Jugendpsychiatrie.

Angeregt durch seinen damaligen Chef H.F. HOFFMANN, hatte Hermann STUTTE bereits 1934 an der Universitäts–Nervenklinik Gießen mit "Erbbiologischen Forschungen" über Gießener Fürsorgezöglinge begonnen. Ziel dieser Arbeit war, wie HOFFMANN in einem Vortrag im November 1935 ausführte, "in absehbarer Zeit Ergebnisse vorlegen zu können, die uns einen Schritt weiterführen auf dem Weg zur Sterilisation asozialer und antisozialer abnormer Charaktere".[147] Es sollte versucht werden, wie es in einem Gutachten der DFG vom 31.5.1935 hieß, (Gutachter RÜDIN) zu dem Gießener Forschungsvorhaben hieß, "die Erbbiologie der Fürsorgezöglinge im Hinblick auf die Notwendigkeit praktischer Rassenhygiene zu klären".[148]

Durch zahlreiche "Anzeigen", "Anträge auf Unfruchtbarmachung" und Begutachtungen Erbgesundheitsgerichte beteiligte sich STUTTE in den folgenden Jahren in "praktischer Rassenhygiene".[149]

Seine "erbbiologische Forschungen" an Fürsorgezöglingen setzte er nach dem Wechsel mit seinem Chef HOFFMANN von Gießen nach Tübingen in Württemberg fort,[150] mit den Ergebnissen seiner Untersuchung habilitierte er sich 1944 erfolgreich in Tübingen. STUTTES Habil.–Schrift trug damals den Titel "Über Schicksal, Persönlichkeit und Sippe ehemaliger F.Z. (Beitrag zum Problem der sozialen Prognose)".[151]

STUTTE teilte die von ihm untersuchten Fürsorgezöglinge, hinsichtlich ihres Lebenserfolgs in 2 große Gruppen ein, die <u>Sozial–Brauchbaren</u> (56,2 %) und die <u>Sozial–Minderwertigen</u> (43,8 %).[152] (Hervorh. i. Orig.)

Während sämtliche Originalexemplare der Habil.–Schrift auf nicht nachvollziehbare Weise verschwunden sind, sind die beiden Gutachten zur Habil.–Schrift erhalten

[146] Oberhessische Presse (OP), Marburg. 22.12.1954. "Von der Philippsuniversität". Damals noch außerordentlicher Professor. 1963 wird er zum ordentlichen Professor ernannt. OP. 25.9.1963. "Von der Philipps–Universität".

[147] JACOBI 1936. Vgl. LEONHARDT 1995. S. 96 f.

[148] BA Koblenz, R 73, Nr. 11758.

[149] Vgl. SCHÄFER 1993.

[150] Vgl. Med.–Naturwissenschaftlicher Verein Tübingen. Sitzung vom 10. Juli 1939. Hermann STUTTE: Die soziale Prognose der Jugendlichen–Verwahrlosung. In: Münchener Medizinische Wochenschrift. 86. Jg. 1939. S. 1685.

[151] Zu den Forschungen STUTTES in der NS–Zeit u. zur Geschichte seiner Habilitationsschrift vgl. SCHÄFER 1992.

[152] Univ.–Archiv Tübingen. Sign. 125/159. "Referat über die wissenschaftliche Arbeit des Assistenzarztes der Klinik Oberarzt d.R. Dr. med. Hermann <u>Stutte</u>", Tübingen, 23.11.43. (4 Seiten), hier: S. 2.

geblieben, Teile der Habil.–Schrift hat STUTTE darüber hinaus in zahlreichen Aufsätzen nach 1945 veröffenlicht.

Nach HOFFMANNS Gutachten – also dem seines damaligen Chefs – war die "Arbeit von Stutte (...) eine der wichtigsten Untersuchungen auf dem Gebiete der Asozialen und ihrer Erziehung bzw. Bekämpfung".[153]

HOFFMANN hatte die Forschungsarbeit STUTTES über Fürsorgezöglinge auch Prof. RÜDIN (München), dem Kommentator des "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", und, wie er damals genannt wurde, dem Altmeister der psychiatrischen Erbforschung, vorgelegt. RÜDIN hatte sie als 'vorzüglich und wertvoll' beurteilt und sie bereits zur Drucklegung in der von ihm herausgegebenen Monographien–Sammlung angenommen hatte.[154] Vor dem Hintergrund dieser Bewertungen erklärt sich nun möglicherweise das Verschwinden der Habil.–Schrift STUTTES und die Tatsache, daß der Autor ihren Titel mehrfach einer geradezu aufschlußreichen Metamorphose unterzogen hat.

Im Jahr 1948 zitierte er seine Arbeit korrekt:

"Über Schicksal, Persönlichkeit und Sippe ehemaliger F.Z. (Beitrag zum Problem der sozialen Prognose). nicht veröffentl. Habil.–.Schr. Tübingen 1944."[155]

1960 finden wir bei ihm folgende Version:

"Über Persönlichkeit, Familie und soziales Schicksal ehem. Fürsorgezöglinge. Habil.–Schrift Tübingen 1943."[156]

1977 schließlich heißt es: "Die noch vor Kriegsbeginn abgeschlossene Arbeit (`Untersuchungen über den sozialen Ausgang ehemaliger Fürsorgeflüchtlinge´) wurde 1943 von der Tübinger Fakultät als Habilitationsschrift angenommen.^[157]

Ab 1947 veröffentlichte STUTTE, teilweise zusammen mit VILLINGER, zahlreiche Beiträge, die auf Ergebnisse seiner Forschungen über Fürsorgezöglinge während der NS–Zeit zurückgriffen.

---

153 Ebd. S. 3 f.
154 Ebd.
155 STUTTE 1948a. S. 415.
156 STUTTE 1960. S. 1085.
157 STUTTE 1977. S. 400.

In einem Beitrag von 1948, der programmatisch "Zeitgemäße Aufgaben und Probleme der Jugendfürsorge" hieß,[158] wurde schon wieder "die Schaffung eines Arbeitsdienstes (mit Überwachung von jugendpsychiatrischer Seite)" und ein "nach biologischen Gesichtspunkten differenzierte(s) "Fürsorgeerziehungswesen" gefordert. Als vorbildlich propagierten STUTTE und VILLINGER dabei explizit die Gliederung der Fürsorgeerziehung von Württemberg aus dem Jahr 1938.[159] Mit dem gleichen Vokabular von einst beschrieben sie ihre Aufgabe im Nachkriegsdeutschland – nämlich "Sichtung, Siebung und Lenkung dieses Strandgutes von jugendlichen Verwahrlosten und Dissozialen." Und – in völlig unveränderter Diktion zur NS–Rassenhygiene – schrieben die beiden Vaterfiguren der Deutschen Kinder– und Jugendpsychiatrie 3 Jahre nach der Zerschlagung des NS–Staates, die "Fürsorgeerziehung" solle sich "der sozialbiologischen Unterwertigkeit des von ihr betreuten Menschenmaterials" vergegenwärtigen.[160]

Hermann STUTTE entwickelte darüber hinaus 1949 auf der Grundlage seiner Untersuchungsergebnisse von 1934 bis 1944, hinsichtlich des Lebenserfolgs von Fürsorgezöglingen, eine

"Stufenleiter sozialer Brauchbarkeit, die sich ausspannt etwa zwischen dem sozial völlig geordneten, mittleren Beamten und dem arbeitsscheuen Gelegenheitsarbeiter, dem beruflich tüchtigen und strebsamen Eigenheimbesitzer und dem mittellosen Vagabunden, der Frau und Mutter im geordneten Hauswesen und der Prostituierten, der nicht bestraften kleinen Amtsperson und dem polytropen Rückfallverbrecher oder dem querulierenden Wohlfahrtsparasiten".[161]

An der Philipps–Universität Marburg wurde 1948 durch Hermann STUTTE auch eine jugendpsychiatrische Diagnose wiederbelebt, die im unmittelbaren Kontext der nationalsozialistischen Rasseforschungen an Sinti und Roma entstanden war.

In einem Beitrag "Über die Nachkommen ehemaliger Fürsorgezöglinge" schrieb Hermann STUTTE:

"Dabei sei am Rande vermerkt, daß bei dieser Kerngruppe ungünstig zu prognostizierender jugendlicher Verwahrloster oder Krimineller der Intelligenzdefekt

---

158 Dieser Beitrag wurde sogar "tonangebend für die Verwahrlosungs–Politik – zumindest bis in die 60er Jahre hinein" (BLANDOW 1986. S. 82) und gilt als "einer der meist besprochenen Aufsätze" jener Jahre (ebd.). Siehe dazu insgesamt SCHÄFER 1998.

159 Zur Kritik an der Württembergischen Heimerziehung von 1938 siehe SCHÄFER 1998. S. 288 ff.

160 VILLINGER/STUTTE 1948. S. 252.

161 STUTTE 1949. S. 111.

sich oft verbirgt hinter einer Fassade gerissener Schläue und Verschlagenheit (getarnter Schwachsinn Ritters) und daß ihr Haltmangel in der Verkleidung berechnender Pseudo–Offenheit oder leichter Bestimmbarkeit vielfach geradezu besondere pädagogische Aufgeschlossenheit vortäuscht."[162]
Der "getarnte Schwachsinn", der "die Maske der Schlauheit trägt", stammte von dem schon erwähnten Tübinger Jugendpsychiater und "Zigeuner"–Forscher Robert RITTER,[163] der sie in seiner berüchtigten Habil.–Schrift "Ein Menschenschlag" im Jahr geprägt hatte.[164]

Der "Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge", der 1933 durch seinen Vorsitzenden POLLIGKEIT gefordert hatte, daß Jugendpflege und Jugendfürsorge sich der "einheitliche(n) Jugendpolitik im Sinne nationalpolitischer Erziehung" einzuordnen hätten,[165] hielt es 1948 im Septemberheft seines "Nachrichtendienstes" für angebracht, die Folgerungen, die Hermann STUTTE aus seinen erbbiologischen Forschungen über Fürsorgezöglinge zwischen 1934 und 1944 gezogen hatte,[166] zustimmend abzudrucken.
In diesem Zusammenhang hielten die Herausgeber besonders folgendes Zitat von ihm für mitteilenswert:
"Auf sich selbst gestellt, pflegen sie (die Fürsorgezöglinge, W.S.) dann rasch wieder in den ihnen adäquaten Lebensstil zu verfallen, ihresgleichen zum Ehepartner zu wählen und – und getreu der schicksalhaften Tradition ihrer Herkunft – den Weiterbestand ihres sich sozial störend auswirkenden Erbgutes sicherzustellen und vielfach dazu auch noch in einer zahlenmäßig überdurchschnittlichen Nachkommenschaft."[167]

Im darauffolgenden Heft des "Nachrichtendienstes" (Oktober 1948) wurde Hermann STUTTE dann Raum gegeben, seine Vorstellungen "Zur Neuordnung der Fürsorge–Erziehung" zu entwickeln.

---

162 STUTTE 1948a. S. 413.

163 RITTER 1937. S. 19. Vgl. BUMILER 1992. S. 104. Dieser "Schwachsinn" war gar bei überzeugten NS–Psychiatern umstritten. Selbst Max EYRICH lehnte den "getarnten Schwachsinn" ab, weil dadurch "der Begriff des angeborenen Schwachsinns zu sehr überdehnt" würde. EYRICH 1939b. S. 256.

164 RITTER 1937. S. 19. Vgl. SCHÄFER 1998. S. 286.

165 POLLIGKEIT im "Nachrichtendienst des Deutschen Vereins". 1933. S. 146 ff., zit. nach HASENCLEVER 1978. S. 128.

166 Vgl. SCHÄFER 1992.

167 "Über die Nachkommen ...". 1948. S. 161. Vgl. BLANDOW 1989. S. 138.

Da sich, so schrieb er, "in der FE–Statistik die Mißerfolgsgruppe weitgehend mit dem Kreis der aus anlagemäßigen Bedingungen Unerziehbaren deckt, muß für diese eine Sonderbehandlung gefordert werden", wozu er u.a. wieder die Forderung nach "Bewahrungsanstalten" für "praktisch nicht förderungsfähige, asoziale oder antisoziale Jugendliche" aufstellte.[168]

Schluss

Das erbbiologisch begründete Paradigma der "Aussonderung Unerziehbarer" aus der Fürsorgeerziehung war damit bruchlos aus der Weimarer Zeit über die NS–Diktatur in die Bundesrepublik tradiert worden, wobei die Jugendpsychiater VILLINGER und STUTTE, die nach 1945 in Marburg forschten, lehrten und therapierten, entscheidenden Anteil hatten.[169]

Diese Zusammenhänge wurden in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik nur mangelhaft aufgearbeitet. Verstrickung und Beteiligung führender Institutionen und Vetreter der Fürsorge und der Jugendpsychiatrie in die nationalsozialistische Ausgrenzungs– und Vernichtungspolitik haben die Aufarbeitung nicht nur verhindert, sondern dazu geführt, daß sich die "autoritär–repressive Praxis der 50er und 60er Jahre so widerspruchslos entwickeln konnte",[170] was schließlich "mit zu dem Zusammenbruch des Systems der öffentlichen Erziehung nach 1968" beigetragen hat.[171]

ARCHIVALIEN

BUNDESARCHIV (früher KOBLENZ)

R 36. Nr. 1828
"Akten betr. Vorschläge für ein Bewahrungsgesetz Bd. III, 1936–1937.

R 36. Nr. 1953

---

168 STUTTE 1948b. S. 178–179. 1951 definierte STUTTE "Unerziehbarkeit" als "die Unfähigkeit zur Erlangung (...) des Zustandes hinlänglicher sozialer Brauchbarkeit. (...) Der Idiot ist unerziehbar, auch wenn er affektiv unauffällig und gutmütig ist." STUTTE 1952 S. 9 u. 10. HECKES/SCHRAPPER 1988. S. 22. verweisen in Zusammenhang mit der Kontinuität der "Unerziehbarkeitsdebatte" bis in die Bundesrepublik hinein beispielhaft auf STUTTE 1958.

169 Vgl. BLANDOW 1986. S. 85 ff. Vgl. Anm. 28 (Teil I).

170 SCHRAPPER 1990. S. 426. Zur Restauration der traditionellen Heimerziehung in der Bundesrepublik siehe ALMSTEDT/MUNKWITZ 1982. S. 13–23.

171 REHBEIN 1992. Vgl. SCHRAPPER 1990. S. 424 f.

"Akten betr. Neugestaltung des Reichsjugendwohlfahrtgesetzes und Neugestaltung der Fürsorgeerziehung 1933–1942"

R 43 II (Reichskanzlei). Nr. 520 c
"Jugendgerichtsbarkeit und Fürsorgeerziehung 1934–1935, 1941–1942"

R 73 (Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft). Nr. 11758
Antrag HOFFMANN (Gießen) wegen Förderung 1935/36

BUNDESARCHIV ABTLG. POTSDAM

Berlin Document Center – Akte Werner VILLINGER

UNIVERSITÄTSARCHIV TÜBINGEN

Sign. 125/159 "Habilitationsakte Hermann STUTTE"

LITERATUR

AHLHEIM, Rose u.a. (1972):
Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus. 2. Aufl. Frankfurt/M. 1972

ALMSTEDT, Matthias/MUNKWITZ, Barbara (1982):
Ortsbestimmung der Heimerziehung. Geschichte, Bestandsaufnahme, Entwicklungstendenzen. Weinheim, Basel 1982

AYAß, Wolfgang (1994):
"Asoziale" im Nationalsozialismus. Stuttgart 1994

BAADER, Gerhard (1989):
Rassenhygiene und Eugenik. Vorbedingungen für die Vernichtungsstrategien gegen sogenannte "Minderwertige" im Nationalsozialismus. In: BLEKER, Johanna/JACHERTZ, Norbert (Hrsg.): Medizin im Dritten Reich. Köln 1989. S. 22–29.

BARON, Rüdeger (1983):
"Ballastexistenzen" – Sparmaßnahmen in der Krise: Fürsorgeerziehung im Übergang zu Dritten Reich. In: VORUBA, Georg (Hrsg.): "Wir sitzen alle in einem Boot". Gemeinschaftsrhetorik in der Krise. Frankfurt/M., New York 1983. S. 138–156.

BEWAHRUNG INNERHALB DER FÜRSORGEERZIEHUNG. In: Evangelische Jugendhilfe. 10. (54.) Jg. 1934. S. 314.

BISKUPSKI, Hans (1941):
Entwicklung und Stand der Fürsorgeerziehung mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung. Diss. Jur. Leipzig 1941

BLANDOW, Jürgen (1986):
"Sichten und Sieben". Zu den Anfängen der Jugendfürsorge im Nachkriegsdeutschland. In: OSTENDORF, Heribert (Hrsg.): Integration von Strafrechts– und Sozialwissenschaften. Festschrift für Lieselotte Pongratz. München 1986. S. 79–101.

BLANDOW, Jürgen (1989):
"Fürsorgliche Bewahrung" – Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Bewahrung "Asozialer". COGOY, Renate/KLUGE, Irene/MECKLER, Brigitte (Hrsg.): Erinnerung einer Profession. Erziehungsberatung, Jugendhilfe und Nationalsozialismus. Münster 1989. S. 125–143.

BLANDOW, Jürgen (1990):

Scheitert ein ganzheitlicher, lebensweltorientierter Hilfsansatz an der Konkurrenz von Institutionen und Professionen ? In: GINTZEL, Ullrich/SCHONE, Reinhold (Hrsg.): Zwischen Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie. Konzepte–Methoden–Rechtsgrundlagen. Münster 1990. S. 8–20.

BOCK, Gisela (1986):
Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik. Opladen 1986

BÖNING, Elisabeth (1953):
Die Durchführung der Sterilisierung in den Bethel'schen Anstalten. Katamnestische Erhebungen über sterilisierte Geisteskranke des Landkreises Bielefeld. Probearbeit zur schriftlichen Amtsarztprüfung. (Aus der Akademie für Staatsmedizin Hamburg). 10. Staatsmedizinischer Lehrgang. Hamburg 1953

BRAIG, Christel (1978):
Die Entwicklung des Psychopathiebegriffs unter besonderer Berücksichtigung der Kinderpsychiatrie. (Eine Literaturauswertung von 1920 bis 1960). Diss. Med. Tübingen 1978

BROMBERGER, Barbara/MAUSBACH, Hans (1987):
Feinde des Lebens: NS–Verbrechen an Kindern. Köln 1987

BUMILER, Irmgard (1992):
"Getarnter Schwachsinn". Der Tübinger Beitrag zur nationalsozialistischen "Zigeuner"–Verfolgung. In: SCHÖNHAGEN, Benigna (Hrsg.): Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und vergessen. "Tübinger Kataloge". Nr. 36. Tübingen 1992. S. 103–111.

BUSEMANN, A./STUTTE, H. (1952):
Das Porträt – Werner Villinger 65 Jahre alt. In: Unsere Jugend. 4. Jg. 1952. S. 381–382.

DUDEK, Peter (1988):
Leitbild: Kamerad und Helfer. Sozialpädagogische Bewegung in der Weimarer Republik am Beispiel der "Gilde Soziale Arbeit". Frankfurt/M. 1988

EBBINGHAUS, Angelika u. a. (Hrsg.) (1984):
Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Hamburg 1984

EIN POLIZEILICHES JUGENDSCHUTZLAGER.
In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. 1940. S. 174.

EINWEISUNG IN DAS JUGENDSCHUTZLAGER MORINGEN. Runderlaß d. RMdI. v. 3.10.1941. In: Ministerialblatt des Reichs– und Preußischen Ministeriums des Innern. 6. (102.) Jg. 1941. Sp. 1773–1774.

EISERHARDT, Hilde (1929):
Brauchen wir ein Bewahrungsgesetz ? In: Zeitschrift für Kinderforschung. 35. Jg. 1929. S. 532–552.

EWALD, G. (1958):
W. Villingers Bedeutung für die Sozialpsychiatrie – Offener Brief. In: EHRHARDT, H./ PLOOG, D./ STUTTE, H. (Hrsg.): Psychiatrie und Gesellschaft. Ergebnisse und Probleme der Sozialpsychiatrie. WERNER VILLINGER zum 70. Geburtstag. Bern, Stuttgart 1958. S. 305–313.

EYRICH, Max (1939 a):
Gerichtärztliche Aufgaben bei Kindern und Jugendlichen. In: Der Öffentliche Gesundheitsdienst. 5. Jg. 1939. S. 549–562.

EYRICH, Max (1939 b):
Fürsorgezöglinge erbbiologisch gesehen. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 47. Band. Berlin 1939. S. 250–261.

FRANCKE, Herbert (1943):
Jugendkriminaliät. 15. Übersichtsreferat. In: Zeitschrift für Kinderforschung. Referate. 49. Bd. 1943. S. 332–361.

GANSSMÜLLER, Christian (1987):
Die Erbgesundheitspolitik des Dritten Reichs. Planung, Durchführung und Durchsetzung. Köln, Wien 1987

GRÄSER, Markus (1995):
Der blockierte Wohlfahrtsstaat. Unterschichtjugend und Jugendfürsorge in der Weimarer Republik. Göttingen 1995

GREGOR, Adalbert (1921):
Rassenhygiene und Jugendfürsorge. In: Archiv für Rassen– und Gesellschaftsbiologie. 13. Band. 1921. S. 37–55.

GREGOR, Adalbert (1923):
Mitwirkung der Psychiatrie in der Fürsorgeerziehung. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 28. Jg. 1923. S. 273–279.

GREGOR, Adalbert (1924):
Probleme und Aufgaben in der Fürsorgeerziehung. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 29. Jg. 1924. S. 404–415.

GREGOR, Adalbert (1925):
Psychologie und Sozialpädagogik schwererziehbarer Fürsorgezöglinge. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 30. Jg. 1925. S. 315–350.

GREGOR, Adalbert (1934 a):
Über die Sterilisierung minderwertiger Fürsorgezöglinge. In: RÜDIN, Ernst (Hrsg.): Erblehre und Rassenhygiene im völkischen Staat. München 1934. S. 175–183.

GREGOR, Adalbert (1934 b):
Ergebnisse der Untersuchung von Fürsorgezöglingen zwecks Sterilisierung. In: Zeitschrift für psychische Hygiene. 7. Band. 1934. H. 2. S. 33–40.

GREGOR, Adalbert (1961):
Psychiatrie und Jugendfürsorge. In: Unsere Jugend. 13. Jg. 1961. S. 115–119.

GÜNZLER, Rudolf (1939):
Neue Wege der Anstaltserziehung in Württemberg. In: Deutsche Jugendhilfe. 31. Jg. 1939. H. 1. S. 11–17.

GÜTT, Arthur/RÜDIN, Ernst/ RUTTKE, Falk (1934):
Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933. München 1934

HAGELSKAMP, Joachim (1988):
Pädagogische Entwicklungen im Spiegel der "Zeitschrift für Kinderforschung" (1896–1944). Teil A u. B. Diplomarbeit im Fachgebiet Erziehungswissenschaften der Westfälischen Wilhelms–Universität Münster. Münster 1988

HAMMERSCHMIDT, Peter (1999):
Die Wohlfahrtsverbände im NS–Staat. Die NSV und die konfessionellen Verbände Caritas und Innere Mission im Gefüge der Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus. Opladen 1999

HANSEN, Eckhard (1991):
Wohlfahrtspolitik im NS–Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im "Sozialismus der Tat" des Dritten Reiches. Augsburg 1991

HARBAUER, H. (1969):
Hermann Stutte und die Marburger Jugendpsychiatrie. In: Acta paedopsychiatrica. 36. Jg. 1969. S. 307–310.

HARVEY, (Elizabeth) Liz (1989):
Die Jugendfürsorge in der Endphase der Weimarer Republik. Das Beispiel der Fürsorgeerziehung. In: OTTO, Hans–Uwe/SÜNKER, Heinz (Hrsg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt/M. 1989. S. 198–227.

HASENCLEVER, Christa (1978):
Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900. Göttingen 1978

HECKER, Elisabeth (1943/44):
Die Jugendpsychiatrische Klinik. In: Archiv für Rassen– und Gesellschaftsbiologie. 37. Band 1943. München–Berlin 1944. S. 181–184.

HECKER, Walter (1941):
Neugliederung der öffentlichen Ersatzerziehung nach Erbanlage und Erziehungserfolg. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 49. Band. H. 1. 1941. S. 28–39. (Der gesamte Band – 6 Hefte – war erst 1943 abgeschlossen).

HECKES, Claudia/SCHRAPPER, Christian (1988):
Traditionslinien im Verhältnis 'Heimerziehung – Gesellschaft': Reformepochen und Restaurierungsphasen. In: PETERS, Friedhelm (Hrsg.): Jenseits von Familie und Anstalt. Entwicklungsperspektiven in der Heimerziehung. Bielefeld 1988. S. 9–27.

HERRMANN, Gertrud (1956):
Die sozialpädagogoische Bewegung der zwanziger Jahre. Weinheim, Berlin 1956

HERZOG, Gunter (1984):
Heilpädagogik – Aussonderung mit und ohne Wissenschaft. In: HOMES, Alexander Markus (Hrsg.): Heimerziehung – Lebenshilfe oder Beugehaft ? Frankfurt/M. 1984. S. 107–127.

HITLER, Adolf (1934):
Adolf Hitler über die Fürsorgejugend. In: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt. 25. Jg. 1934. S. 293–296.

ISERNHAGEN, Georg (1941):
Das polizeiliche Jugendschutzlager in Moringen. In: Deutsche Jugendhilfe. 32. Jg. 1941. S. 220–222.

JACOBI (1936):
Medizinische Gesellschaft Gießen. Sitzung vom 12. November 1935. "H.F. Hoffmann: Erbbiologische Forschungen an Gießener Fürsorgezöglingen." In: Münchener Medizinische Wochenschrift. 83. Jg. 1936. S. 121.

JAHNKE, Karl Heinz/BUDDRUS, Michael (1989):
Deutsche Jugend 1933–1945. Eine Dokumentation. Hamburg 1989

KEIM, Wolfgang (2000):
Die Eliminierung "rassisch" unerwünschter Kinder im "Jahrhundert des Kindes" – Rückfragen an die deutsche Pädagogik. In: Jahrbuch für Pädagogik 1999 (Das Jahrhundert des Kindes?). Frankfurt/M. 2000. S. 55–81.

KLEE, Ernst (1983):
EuthanasieVernichtung lebensunwerten Lebens^. Frankfurt/M. 1983»

KLEE, Ernst (Hrsg.) (1985):
Dokumente zur Euthanasie^. Frankfurt/M. 1985.

KLEE, Ernst (1989):
"Die SA Jesu Christi". Die Kirche im Banne Hitlers. Frankfurt/M. 1989

KLEE, Ernst (1990):
"Durch Zyankali erlöst". Sterbehilfe und Euthanasie heute. Frankfurt/M. 1990

KLEE, Ernst (1993):
Irsinn Ost – Irrsinn West. Psychiatrie in Deutschland. Frankfurt/M. 1993

KLUMKER, Chr. J. (1926):
Kinder– und Jugendfürsorge. Einführung in die Aufgaben der neueren Gesetze. Zweite Auflage. Langensalza 1926

KRAUS, Rudolf (1974):
Die Fürsorgeerziehung im Dritten Reich (1933–1945). In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. H. 3. 1974. S. 161–211.

KÜRSCHNERS Deutscher Gelehrtenkalender. 3. Ausgabe. Berlin, Leipzig 1928/1929

KUHLMANN, Carola (1988):
Sozialer Rassismus als "Endlösung" der Sozialen Frage – Zur nationalsozialistischen Wohlfahrts– und Jugendpolitik. In: Schrapper, Christian; Sengling, Dieter (Hrsg.): Die Idee der Bildbarkeit. 100 Jahre sozialpädagogische Praxis in der Heilerziehungsanstalt Kalmenhof. Weinheim, München 1988, S. 245 – 268.

KUHLMANN, Carola (1989):
Erbkrank oder erziehbar? Jugendhilfe als Vorsorge und Aussonderung in der Fürsorgeerziehung in Westfalen von 1933–1945. Weinheim, München 1989

LEONHARDT, Karl Christoph Martin (1995):
HERMANN F. HOFFMANN (1891–1944). Die Tübinger Psychiatrie auf dem Weg in den Nationalsozialismus. Diss. Med. Tübingen 1995

LESSING, Hellmut/LIEBEL, Manfred (1981):
Wilde Cliquen. Szenen einer anderen Arbeiterjugendbewegung. Bensheim 1981

MAUSBACH, Hans/BROMBERGER, Barbara (1987):
Feinde des Lebens. NS–Verbrechen an Kindern. Köln 1987

MEHRINGER, Andreas (1982):
Selbstdarstellung. In: PONGRATZ, Ludwig J. (Hrsg.): Pädagogik in Selbstdarstellungen. Bd. IV. Hamburg 1982. S. 115–153.

MÖNKEMÖLLER, Otto (1926):
Die Sonderbehandlung der schwersterziehbaren Fürsorgezöglinge. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 31. Jg. 1926. S. 374–393.

MÜNDER, Johannes (1990):
Das neue Kinder– und Jugendhilfegesetz. In: Neue Praxis. 20. Jg. 1990. S. 341–354

MUTH, Heinrich (1989):
Das "Jugendschutzlager" Moringen. In: Dachauer Hefte 5 ("Die vergessenen Lager"). 1989. S. 223–252.

NELIBA, Günter (1992):
Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie. Paderborn, München 1992

NEUGEBAUER, Manuela (1997):
Der Weg in das Jugendschutzlager Moringen. Eine entwicklungsgeschichtliche Analyse nationalsozialistischer Jugendpolitik. Mönchengladbach 1997

NOWAK (1984):
"Euthanasie" und Sterilisierung im "Dritten Reich". Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und der "Euthanasie"–Aktion. 3. Aufl. Weimar 1984

PEUKERT, Detlev J.K. (1986):
Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Krise der deutschen Jugendfürsorge von 1878 bis 1932. Köln 1986

PEUKERT, Detlev J.K. (1987):
Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik. Köln 1987

PEUKERT, Detlev J.K. (1989):
Sozialpäsagogik. In: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte Bd. V (1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur). München 1989. S. 307–335.

PEUKERT, Detlev J.K./MÜNCHMEIER, Richard K. (1990):
Historische Entwicklungsstrukturen und Grundprobleme der deutschen Jugendhilfe. In: PEUKERT, Detlev J.K. u.a.: Jugendhilfe – Historischer Rückblick und neuere Ent–wicklungen. Materialien zum 8. Jugendbericht. Band 1. Weinheim, München 1990. S. 1–49.

PLATEN–HALLERMUND, Alice (1948):
Die Tötung Geisteskranker in Deutschland. Frankfurt/M. 1948

REHBEIN, Klaus (1968):
Methodenfragen der Kriminalwissenschaft. Hamburg 1968

REHBEIN, Klaus (1992):
Sprache kann tödlich sein. In: Marburger Universitäts–Zeitung. Nr. 230. 17.12.1992. S. 6.

REINARTZ, Maria (1941):
Der Erziehungswille von Staat und Gemeinden in den Maßnahmen für die gefährdete und verwahrloste Jugend. Kommunalwissenschaftliche Studien Heft 7. Würzburg 1941

REMSCHMIDT, Helmut (1982):
Hermann Stutte. Nachruf. In: Geistige Behinderung. 21. Jg. 1982. H. 3. S. 194–195.

RITTER, Robert (1937):
Ein Menschenschlag. Erbärztliche und erbgeschichtliche Untersuchungen über die – durch 10 Geschlechterfolgen – erforschten Nachkommen von "Vagabunden, Jaunern und Räubern". Leipzig 1937

ROEMER, Hans (1934):
Die rassenhygienischen Aufgaben der praktischen Psychiatrie unter besonderer Berücksichtigung der offenen Fürsorge. In: RÜDIN, Ernst (Hrsg.): Erblehre und Rassenhygiene im völkischen Staat. München 1934. S. 120–135.

ROTHMALER, Christiane (1989):
Zwangssterilisationen nach dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses". In: BLEKER, Johanna/JACHERTZ, Norbert (1989): Medizin im Dritten Reich. Köln 1989. S. 68–75.

RUNDSCHREIBEN der rheinischen Fürsorgeerziehungsbehörde an die Erziehungsheime vom 28. Februar 1936. "Stärkere Trennung der erbgesunden von den erbgeschädigten Elementen in der Fürsorgeerziehung und schärfere Ausscheidung der Erziehungsunfähigen." In: Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz. 12. Jg. 1936. Nr. 4. S. 259–260.

SACHßE, Christoph/TENNSTEDT, Florian (1992):
Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus. Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 3. Stuttgart 1992

SCHÄFER, Wolfram (1991):
"Bis endlich der langersehnte Umschwung kam ...". Anmerkungen zur Rolle des Marburger Psychiaters Werner Villinger in der NS– und Nachkriegszeit. In: Fachschaft Medizin der Philipps–Universität (Hrsg.): "Bis endlich der langersehnte Umschwung kam ...". Von der Verantwortung der Medizin unter dem Nationalsozialismus. Marburg 1991. S. 178–283.

SCHÄFER, Wolfram (1992):
Spuren einer "verschwundenen" Habilitationsschrift. Hermann Stuttes Forschungen in der NS–Zeit. In: Marburger Universitäts–Zeitung. Nr. 229. 19.11.1992. S. 6 f.

SCHÄFER, Wolfram (1993):
H. Stutte und das NS–"Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses". In: Marburger Universitäts–Zeitung. Nr. 231. 4.2.1993. S. 6.

SCHÄFER, Wolfram (1998):
"Sichtung, Siebung und Lenkung". Konzepte Marburger Wissenschaftler zur Bekämpfung von Jugendverwahrlosung. In: HAFENEGER, Benno/SCHÄFER, Wolfram (Hrsg.): Marburg in den Nachkriegsjahren. Marburg 1998. S. 253–313.

SCHAFFSTEIN, Friedrich (1936):
Die Bedeutung des Erziehungsgedankens im neuen deutschen Strafvollzug. In: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. 55. Bd. 1936. S. 276–290.

SCHAFFSTEIN, Friedrich (1937):

Ausleserecht gegen Minderwertigenfürsorge. Zur Neuordnung von Jugendstraf– und Pflegerecht. In: Das Junge Deutschland. Amtliches Organ des Jugendführers des Deutschen Reiches. Jg. 1937. S. 539–545.

SCHERER, Klaus (1990):
"Asozial" im Dritten Reich. Die vergessenen Verfolgten. Münster 1990

SCHERPNER, Martin/SCHRAPPER, Christian (Hrsg.) (1981):
75 Jahre AFET. Erziehungshilfen und Gesellschaft. Quellen und Materialien. Hannover o. J. (1981)

SCHLEIERMACHER (1986):
Die Innere Mission und ihr bevölkerungspolitisches Programm. In: KAUPEN–HAAS, Heidrun (Hrsg.) (1986): Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik. Nördlingen 1986. S. 73–89.

SCHMITZ, Hans Aloys (1938):
Die Entwicklung der Jugendpsychiatrie in der Rheinprovinz. In: Die Rheinprovinz. 14. Jg. 1938. S. 687–692.

SCHMITZ, Hans Aloys (1941):
Die Aufgabe der Provinzialverwaltungen auf dem Gebiet der Kinderpsychiatrie, an Hand der Erfahrungen im Rheinland. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 49. Band. H. 1. 1941. S. 93–100.

SCHMUHL, Hans–Walter (1987):
Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Göttingen 1987

SCHNURR, Stefan (1991):
Die nationalsozialistische Funktionalisierung sozialer Arbeit. Zur Kontinuität und Diskontinuität der Praxis sozialer Berufe. In: OTTO, Hans–Uwe/SÜNKER, Heinz (Hrsg.): Politische Formierung und soziale Erziehung im Nationalsozialismus. Frankfurt/M. 1991. S. 106–140.

SCHRAPPER, Christian (1990):
Voraussetzungen, Verlauf und Wirkungen der "Heimkampagne". Überarbeitete Fassung eines Referats auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe (AFET) e.V. im Juni 1989. In: Neue Praxis. 20. Jg. 1990. S. 417–428.

SCHRÖDER (1941):
Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 49. Bd. 1941. H. 1. S. 9–14. (Der gesamte Band – 6 Hefte – war erst 1943 abgeschlossen).

SICK, Dorothea (1983):
Euthanasieˆim Nationalsozialismus am Beispiel des Kalmenhofs in Idstein im Taunus. Fachhochschule Frankfurt am Main 1983. Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolitik Band 9.

SIERCK, Udo (1988):
Nachwuchs unerwünscht. Behinderung, Sterilisation und humangenetische Beratung. In: STEINER, Gusti (Hrsg.): Hand– und Fußbuch für Behinderte. Frank furt/M. 1988, S. 49 – 67.

STUTTE, Hermann (1948 a):
Über die Nachkommen ehemaliger Fürsorgezöglinge. In: Archiv für Psychiatrie und Nervenkrankheiten vereinigt mit Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie. Bd. 179. 1948. S. 395–415.

STUTTE, Hermann (1948 b):
Zur Neuordnung der Fürsorgeerziehung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. H. 10. 1948. S. 178–179.

STUTTE, Hermann (1949):
Vom Lebenserfolg der Fürsorgeerziehung. In: Kinderärztliche Praxis. 17. Jg. 1949. S. 109–113.

STUTTE, Hermann (1952):
Unerziehbarkeit und sogenannte Unerziehbarkeit. In: Bericht über die Tagung des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages in Bochum vom 11. bis 13. Oktober 1951. Neue Schriftenreihe des AFET H. 4/1952. Hannover, Kleefeld 1952. S. 9–23.

STUTTE, Hermann (in Zusammenarb. mit PFEIFFER, H.) (1958):
Grenzen der Sozialpädagogik. Ergebnisse einer Untersuchung praktisch unerziehbarer Fürsorgezöglinge. Hannover, Kleefeld 1958

STUTTE, Hermann (1960):
Kinderpsychiatrie und Jugendpsychiatrie. In: Psychiatrie der Gegenwart. Bd. 2. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1960. S. 952–1087.

STUTTE, Hermann (1967):
Soziale Aufgaben der Kinder– und Jugendpsychiatrie.
In: Jahrbuch für Jugendpsychiatrie und ihre Grenzgebiete. Band V. Bern u. Stuttgart 1967. S. 173–185.

STUTTE, Hermann (1970):
30 Jahre Deutsche Vereinigung für Jugendpsychiatrie. In: Der Nervenarzt. 41. Jg. 1970. S. 313–317.

STUTTE, Hermann (1977):
"Selbstbiographie". In: PONGRATZ, Ludwig J. (Hrsg.): Psychiatrie in Selbstdarstellungen. Bern, Stuttgart, Wien 1977. S. 394–421.

THIEL, Dorle (1991):
Fürsorgeerziehung im Nationalsozialismus am Beispiel der ehemaligen Landesarbeitsanstalt und des Landesfürsorgeheims Breitenau. Unveröffentlichter Abschlußbericht eines Forschungsprojekts an der Gesamthochschule Kassel, FB Sozialwesen. Kassel 1991

ÜBER die Nachkommen ehemaliger Fürsorgezöglinge. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. H. 9. 1948. S. 160–161. (Es handelt sich um eine von der Redaktion des ND bearbeitete Zusammenfassung des Textes STUTTE 1948a.)

UNTER DEM GROSSEN JESUSWORT: Bericht einer Zwangssterilisierten. In: Demokratisches Gesundheitswesen 4/1988, S. 26 f.

VILLINGER, Werner (1925):
Aufgaben der praktischen Psychiatrie in der Jugendfürsorge. In: Klinische Wochenschrift. 4. Jg. 1925. S. 1736–1740.

VILLINGER, Werner (1928):
Fürsorge für psychisch abnorme Kinder und Jugendliche. In: GESUNDHEITSBEHÖRDE HAMBURG (Hrsg.): Hygiene und soziale Hygiene in Hamburg. Zur neunzigsten Versammlung der Deutschen Naturforscher und Ärzte in Hamburg im Jahre 1928. Hamburg 1928. S. 317–324.

VILLINGER, Werner (1930):
Wie bewähren sich die geistig und seelisch abnormen Kinder im Leben ? Die fürsorgerischen Möglichkeiten für diese Kinder. In: Gesundheitsfürsorge für das Kindesalter. 5. Band. Berlin 1930. S. 209–239.

VILLINGER, Werner (1931):
Das Problem der Schwererziehbaren in der Fürsorgeerziehung. Referat des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstages. In: Beiträge zur Jugendhilfe. Heft 13. "Das Problem der Schwererziehbaren in der Fürsorgeerziehung". Berlin 1931. S. 7–20.

VILLINGER, Werner (1935 a):
Erfahrungen mit dem Erbkrankheitenverhütungsgesetz. In: Zeitschrift für psychische Hygiene 8/1935. S. 70 – 85.

VILLINGER, Werner (1935 b):
Erfahrungen mit der Durchführung des Erbkrankheitenverhütungsgeseztes an männlichen Fürsorgezöglingen. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 44 Band. Berlin 1935. S. 233–248.

VILLINGER, Werner (1935 c):
Sittlichkeit als Grundlage der Volksgesundung. Vortrag, gehalten anläßlich der Jahresversammlung der Christlichen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung am 25.6.1935. In: Die Innere Mission. 30. Jg. 1935. S. 247–253.

VILLINGER, Werner (1941):

Erziehung und Erziehbarkeit. In: Zeitschrift für Kinderforschung. 49 Band. Heft 1. Berlin 1941. S. 17–27.

VILLINGER, Werner/STUTTE, Hermann (1948):
Zeitgemäße Aufgaben und Probleme der Jugendfürsorge. In: Der Nervenarzt. 19. Jg. 1948. S. 249–254.

WAGNER, Patrick (1988):
Das Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder. Die Kriminalpolizei und die Vernichtung des Verbrechertums^. In: Beiträge zu nationalsozialistischen Gesundheits– und Sozialpolitik. Bd.6. Berlin/W. 1988. S. 75–100.

WEITBRECHT, Hans–Jörg (1968):
Psychiatrie in der Zeit des Nationalsozialismus. Bonn 1968.

WENIGER, Erich (1928):
Selbstkritik in der Fürsorgeerziehung. Nachträgliches zum Streit um Lampels "Revolte im Erziehungshaus". In: Die Erziehung. 3. Jg. 1928. S. 714–718.

WERNER, Paul (1944):
Die Einweisung in die polizeilichen Jugendschutzlager. In: FREISLER, Roland (Hrsg.): Deutsches Jugendrecht. Heft 4 (= "Zum neuen deutschen Strafrecht"). Berlin 1944. S. 95–106.

WOLFF, Jörg (1992):
Jugendliche vor Gericht im Dritten Reich. Nationalsozialistische Jugendstrafrechtspolitik und Justizalltag. München 1992

WOLFF, K.D. u.a. (Hrsg.) (1997):
Georg Glaser. Zeuge seiner Zeit. Schmied und Schriftsteller. Guntersblum 1910 – Paris 1995. Eine Ausstellung der Stadtbibliothek Worms. Frankfurt/M. 1997

WULFF, Erich (1977):
Psychiatrie und Klassengesellschaft. Zur Begriffs– und Sozialkritik der Psychiatrie und Medizin. 2. Aufl. Kronberg/Ts. 1977

ZENTRALRAT DEUTSCHER SINTI UND ROMA (1990):
"Bund und Länder für unterdrückte NS–Akten verantwortlich". Presseerklärung vom 12.3.1990.